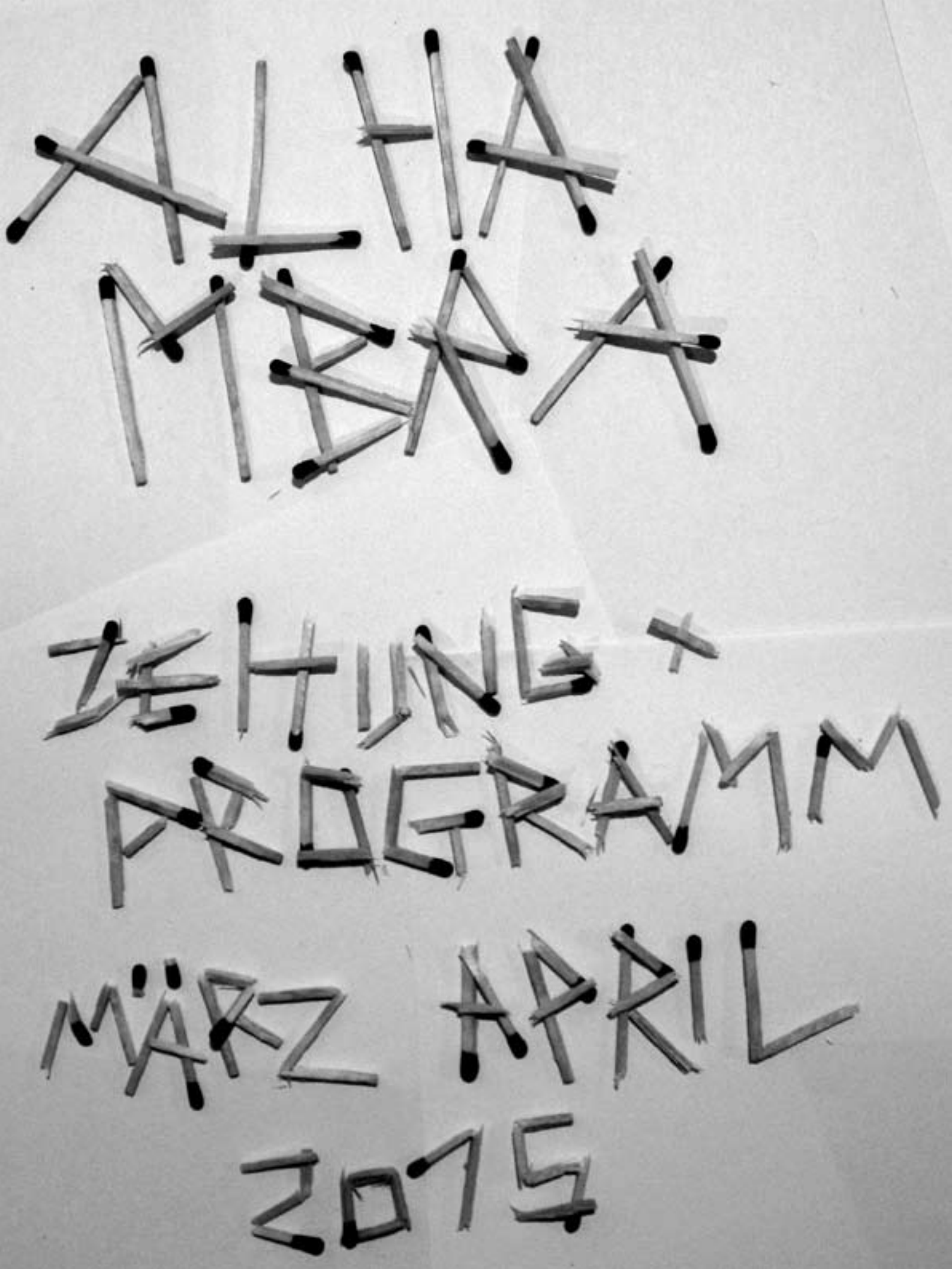

ALHAMBRA
ZEHUNG +
PROGRAMM
MÄRZ APRIL
2015

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
– unterstützer_innen –

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
14. April 2015

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

recht auf stadt
Sechs Hausbesetzer*innen verurteilt 4

soziale kämpfe
Vom Hoffnungsträger zum kleineren Übel 6
Syriza und soziale Bewegung 9
Eine Chance für die Bewegung 12
Thesen zu Podemos und der „demokratischen Revolution" in Spanien 15

(post-)kolonialismus
Afrique-Europe-Interact: Erklärung zur Ebola-Epidemie 21

antirassismus
Nicht länger warten – USA: Der Krieg gegen die Schwarze Unterklasse 25
Ferguson zeigt das Ende der politischen Vertretung 28
„Das Klima in Dresden ist richtig vergiftet" 30

Ankündigungen 33

Editorial

Als erstes ein Nachtrag zu unserem letzten Editorial: Wir kritisierten, dass die Verantwortung für den deutschen Faschismus und seine Verbrechen oft einigen wenigen Männern aus der NS-Elite zugeschrieben wird – wir diesen Kreis der „Täter“ jedoch größer ziehen wollen. Und hier liegt der Hund begraben: indem wir von Tätern in der männlichen Form sprechen, bestätigen wir ungewollt die Definition, die wir ablehnen. Denn natürlich waren nicht nur Männer für die Verbrechen des Faschismus verantwortlich – man denke nur an die zahlreichen KZ-Aufseherinnen oder an die Bedeutung der Frauen an der ‚Heimatfront‘. Zudem können wir davon ausgehen, dass auch Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau verorteten, an Verbrechen beteiligt waren. Deshalb sprechen wir in Zukunft von Täter_innen. D.h., wir werden es zumindest versuchen, uns vom vorherrschenden Diskurs so weit es geht zu lösen.

NationalsozialistInnen schreiben wir jedoch weiterhin mit Binnen-I, weil die nationalsozialistische Ideologie keine Alternativen jenseits von Frau und Mann zuließ. Nun könnte man einwenden, dass der vorherrschende Diskurs auch heute noch keine Alternativen bereithält und wir dennoch „_innen“ benutzen. Diese Praxis sehen wir als ein Aufzeigen von Alternativen und langfristig als Mittel zur Verschiebung des Diskurses. „Nationalsozialist_innen“ zu schreiben, würde unserer Ansicht nach allerdings keine Diskurse verschieben, sondern Ideologien und Lebensrealitäten verschleiern.

Ende Januar wurde in Griechenland gewählt und was sich schon seit längerem abgezeichnet hatte, ist auch in Erfüllung gegangen. Die absolute Mehrheit zwar knapp verpassend hat das linke bzw. linksradikale Bündnis Syriza es dennoch geschafft, die Mehrheit der Sitze im griechischen Parlament für sich zu gewinnen. Dies löste, wenn auch nicht gerade ein Feuerwerk der Emotionen, doch zumindest verhaltene Freude in der radikalen Linken in Deutschland aus. Bereits am folgenden Morgen machte sich jedoch Katerstimmung breit: Syriza war eine Koalition mit der rechtspopulistischen Partei Anel („Patriotische Griechen“) eingegangen. Sofort war von „Querfront“ die Rede – doch ist es wirklich so einfach? Wir haben versucht uns ein Bild davon zu machen und auch griechische Genoss_innen zu Wort kommen zu lassen. Auf den Seiten 6 – 14 findet ihr zwei Texte die sowohl Einschätzungen vor der Wahl als auch direkt danach abgeben und ein Interview mit AlfaKappa Athen.

Mensch könnte fast denken, der Pegida-Hype ist inzwischen abgeflaut. Zumindest laufen momentan wöchentlich nicht mehr zehntausende sondern „nur“ tausende durch die Städte, um gegen eine „drohende Islamisierung“ zu demonstrieren. Dass sich die rassistischen Einstellungen der (Ex-)Teilnehmer_innen geändert hat, ist unwahrscheinlich. Was das für die Lebensrealitäten, gerade von Menschen bedeuten kann, die nicht der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, könnt ihr in einem Interview lesen, das über die Zustände in Dresden berichtet (Seiten 30 – 32).

Erfreulicherweise gibt es in dieser Region in letzter Zeit gehäuft Menschen, die für eine solidarische Gesellschaft eintreten und so Olgida, Bregida, Bremerhavgida oder wie sie hier auch immer heißen würden, damit zuvor kommen. Das ist unterstützenswert, aber trotzdem nicht immer das Gelbe vom Ei: „Bremerhaven brauche Zuwanderung mit neuen Menschen, neuem Wissen, frischen Ideen, Arbeitskraft und wirtschaftlicher Dynamik.“ sagte der SPD-Oberbürgermeister auf einer großen Demonstration gegen „Fremdenfeindlichkeit“ und forderte damit ein leistungsorientiertes Einwanderungsmodell. Das daraus nicht das Recht für globale Bewegungsfreiheit für alle resultiert ist klar. Zwar ist letztere Form des Rassismus weniger offensichtlich bedrohlich als die der Pegida-Meute, dennoch ist sie eine Grundlage für Abschiebungen und Grenzschutz und damit ebenso gefährlich.

Ende Januar war in Bremen der AfD-Bundesparteitag. Um dem was entgegenzusetzen, hat ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Flüchtlingsiniativen und Autonomen zu einer Demo aufgerufen, die dann mit 8000-10000 Teilnehmer_innen auch ziemlich groß wurde. Gezeigt hat sich aber wieder einmal, dass man mit den Gewerkschaften zwar manchmal schöne, große, laute Demos machen kann, aber keine Revolution. Als die Bündnisdemo am Ort des Bundesparteitages ankam und die AfD-Mitglieder gafften und zur Provokation die Nationalhymne sangen, befriedete eine von den Gewerkschaften engagierte Band die Situation völlig, indem sie durch ihre – die Sprechchöre der Demo übertönende – Reggae-Musik den wütenden Demo-Teilnehmer_innen den Wind aus den Segeln nahm. Zu allem Überfluss grenzte sich die Band dann auch noch von jeglicher Gewalt ab – die es sowohl bei der Demo als auch bei der Abschlusskundgebung gar nicht gegeben hatte – und rief zu „Frieden und Liebe“ auf.

Gefreut hat‘s uns natürlich, dass der IS aus Kobane vertrieben werden konnte – schön zu sehen war, dass es in Oldenburg eine spontane Kundgebung zur Befreiung gab. Wir sollten bei aller Freude jedoch nicht vergessen, dass der IS damit keineswegs besiegt ist. Die Menschen, die weiter täglich für Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen brauchen auch weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung.

[In Ermangelung des sonst obligatorischen aufmunternden Schlusssatzes]: Bla bla

Eure Alhambra-Redaktion

Zwangsräumung wegen zu spät gezahlter Miete

Hamburg Heiko wohnte über 15 Jahren in einem Haus der Genossenschaft „Bauverein Reiherstieg" im Otterhaken in Hamburg-Wilhemsburg. Er wehrte sich in dieser Zeit immer wieder erfolgreich gegen Mieterhöhungen und andere Zumutungen. Seine Wohnung blieb vergleichsweise günstig – knapp 350 Euro warm für 50 m² – während der Bauverein in der Nachbarschaft die Mieten immer weiter anhob. Außerdem setzte er sich auf den Genossenschaftsversammlungen für mehr Mieter_innenbeteiligung ein. Das hat dem Bauverein offenbar nicht gepasst.

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen war die Genossenschaft mit ihrer Räumungsklage schließlich erfolgreich: Weil Heiko mehrfach seine Miete erst verspätet gezahlt hatte, sollte er jetzt raus. Am 26. Januar versuchten daher etwa 200 Unterstützer_innen im und außerhalb des Hauses die Zwangsräumung zu verhindern. Die Polizei rückte mit 200 Polizist_innen mit Helmen, Schilden, Motorsägen und einem Rammbock an und schubste und rammte dem Gerichtsvollzieher den Weg in die Wohnung frei. Trotz der nicht verhinderten Zwangsräumung wurde die Aktion als Erfolg verbucht, da Anwohner_innen sich solidarisch zeigten, spontan die Blockade unterstützten – mit ihren Körpern, mit Worten, mit freundlichen Gesten, mit heißen Getränken und Stullen – und die Schwelle eine Zwangsräumung anzusetzen seitdem für Vermieter_innen ein gutes Stück höher liegt.

Erneuter Anschlag auf jüdischen Friedhof in Oldenburg

Oldenburg Zum dritten Mal seit 2011 wurde der jüdische Friedhof in der Dedestraße im Oldenburger Stadtteil Osternburg Ziel einer neonazistischen Attacke. An die Außenmauer wurden drei Hakenkreuze gesprüht. Die Tat ereignete sich mutmaßlich in der Nacht von Freitag, 13.Februar auf den folgenden Samstag. Außerdem wurden im Umkreis, beispielsweise am Bundeswehrgelände an der Dragoner Straße, weitere Hakenkreuze und nationalsozialistische Parolen gesprüht. Unter anderem war der Slogan „NS Zone" zu lesen. Diese Losung wurde bereits im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den jüdischen Friedhof im Jahre 2013 verwendet. Ebenfalls auffällig: Auch im direkten Umkreis des Wohnorts des langjährigen Oldenburger Neonazis Daniel Gawenda wurde diese Parole bereits an mehrere Altglascontainer gesprüht. Außerdem hinterließen die Neonazis eine weitere pikante Botschaft. An der Holler Landstraße, in Richtung des IKEA-Marktes, wurde eine Todesdrohung gegen Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann gesprüht. Datiert auf den 21.Februar 2015, 11.00 Uhr: Den Termin der Bündnisdemo „Für eine solidarische Gesellschaft – Gegen jede Form der Ausgrenzung".

Als Reaktion auf die erneuten neonazistischen Anschläge versammelten sich am folgenden Samstag in der Nacht spontan ca. 100 Antifaschist_innen und demonstrierten laut und wütend gegen die erneuten Taten der Neonazis. Unter anderem wurde die Wohnung des Oldenburger Neonazis Daniel Gawenda aufgesucht. Auch wurden die Hakenkreuze am jüdischen Friedhof aus der Demonstration heraus spontan mit Pappschildern bedeckt. Diese erneuten Provokationen der Neonaziszene haben also eine direkte Reaktion erfahren [...].

geklaut bei: antifaelf.blogsport.de

153 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Deutschland Eine Dokumentation der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL illustriert ein erschreckend hohes Maß an flüchtlingsfeindlicher Hetze und Gewalt: Im Jahr 2014 kam es in 153 Fällen zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und in 77 Fällen zu tätlichen Angriffen auf Flüchtlinge [...].

Dies gilt insbesondere für Sachsen, wo es der Dokumentation zufolge 2014 mit Abstand zu den meisten rassistisch motivierten Körperverletzungen ge-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

gen Flüchtlinge kam. Flüchtlinge und Migrant_innen berichten, dass rassistische Pöbeleien im Zuge der „Pegida"-Demonstrationen in Dresden deutlich zugenommen haben. „Wie auch immer sich Pegida offiziell von Rassismus und Gewalt distanzieren mag: Eine Bewegung, die massiv von rassistischen Ressentiments geprägt ist und sich selbst als ‚Volkes Wille' inszeniert, schafft ein Klima, das rassistische Gewalttäter motiviert, den vermeintlichen ‚Volkswillen' zu vollstrecken", so Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung. PRO ASYL Geschäftsführer Günter Burkhardt warnte davor, „diese Bewegung salonfähig zu machen."

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge beschränken sich jedoch nicht auf Ostdeutschland. Die meisten Anschläge auf Unterkünfte ereigneten sich in dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Sachsen und Bayern. [...] Bundesweit dokumentierten die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL im Jahr 2014 insgesamt 256 lokale flüchtlingsfeindliche Kundgebungen oder Demonstrationen. Dabei treten häufig organisierte Rechtsextreme auf, gern unter dem Deckmantel ‚besorgter Bürger'. Für die Hetzveranstaltungen wird meist über entsprechende Facebook-Seiten mobilisiert, auf denen Asylsuchende als ‚Wirtschaftsflüchtlinge' und angebliche Gefahr denunziert werden. [...]

Der „Chronik der Gewalt – Rechte Hetze gegen Flüchtlinge" liegen Auswertungen von Medienberichten, Auskünfte von lokalen Initiativen und von Rassismus betroffenen Personen, Zahlen des Bundeskriminalamtes, Mitteilungen von örtlichen Polizeiinspektionen und Staatsanwaltschaften sowie Ergebnisse parlamentarischer Anfragen auf Bundes- und Landesebene zugrunde [Dokumentation unter: mut-gegen-rechte-gewalt.de]

geklaut bei: publikative.org

Arbeitskampf um die Baustelle der „Mall of Shame"

Berlin Rund um die Baustelle des Shopping-Centers „Mall of Berlin" aka „Mall of Shame" kämpfen derzeit mehrere Arbeiter hauptsächlich aus Rumänien stammend, unterstützt von der FAU (Freie Arbeiter Union) bzw. selber darin organisiert, um ihren Lohn. Seit Wochen finden dazu regelmäßig verschiedene Aktionen an diversen Orten statt. Im November 2014 kam heraus, dass die von der Baufirma Fettchenhauer beauftragten Firmen Metatec und Open Mall Master die Beschäftigten um ihren Lohn geprellt und bis heute nicht ausgezahlt haben. Bauherr, Baufirmen und Dienstleister beschuldigen sich gegenseitig und boten eine einmalige Abschlagszahlung von 500 € an – deutlich unter dem zustehenden Lohn. Berichte der ehemaligen Beschäftigten über die Verweigerung von zugesagten Arbeitsverträgen, Verweise auf Gewerbescheine oder nur anteilige Lohnauszahlungen zeigen, dass die Arbeitsverhältnisse auf die extreme Ausbeutung der Beschäftigten angelegt waren. Inzwischen wurden die diverse Klagen im Namen der FAU auf den Weg gebracht und bereits Teilerfolge erzielt. Die Ansage der Beschäftigen ist klar: „Wir werden keine Ruhe geben, so lange wir keine Gerechtigkeit bekommen!"

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

6 HAUSBESETZER*INNEN VERURTEILT

Am 27.01.15 wurden vor dem Amtsgericht Oldenburg die sechs Besetzer*innen der ehemaligen Gaststätte Steffmann (Kurwickstraße 24) wegen Hausfriedensbruch zu Geldstrafen zwischen 300 und 1600 Euro verurteilt. Das Verfahren wegen Sachbeschädigung wurde auf Kosten der Staatskasse auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt.

PROZESSERKLÄRUNG

Wir sind heute hier vor Gericht, weil wir in der Nacht zum 28.09.2013 in der seit 2007 leerstehenden ehemaligen Gaststätte Steffmann in der Kurwickstraße 23/24 von der Polizei angetroffen worden sind. Wir werden angeklagt, einen „Hausfriedensbruch“ begangen zu haben. Der Frieden, den wir gebrochen haben sollen, ist kein Frieden. Das immer noch leer stehende und seinem Verfall überlassene Gebäude in der Kurwickstraße 23/24 ist eine tägliche Kriegserklärung. Eine Kriegserklärung gegen all jene, die sich ihren Wohnraum kaum noch leisten können.Gegen die, die gar keine Wohnung haben.Gegen alle, deren Wartelistenplatz bei der GSG vierstellig ist.

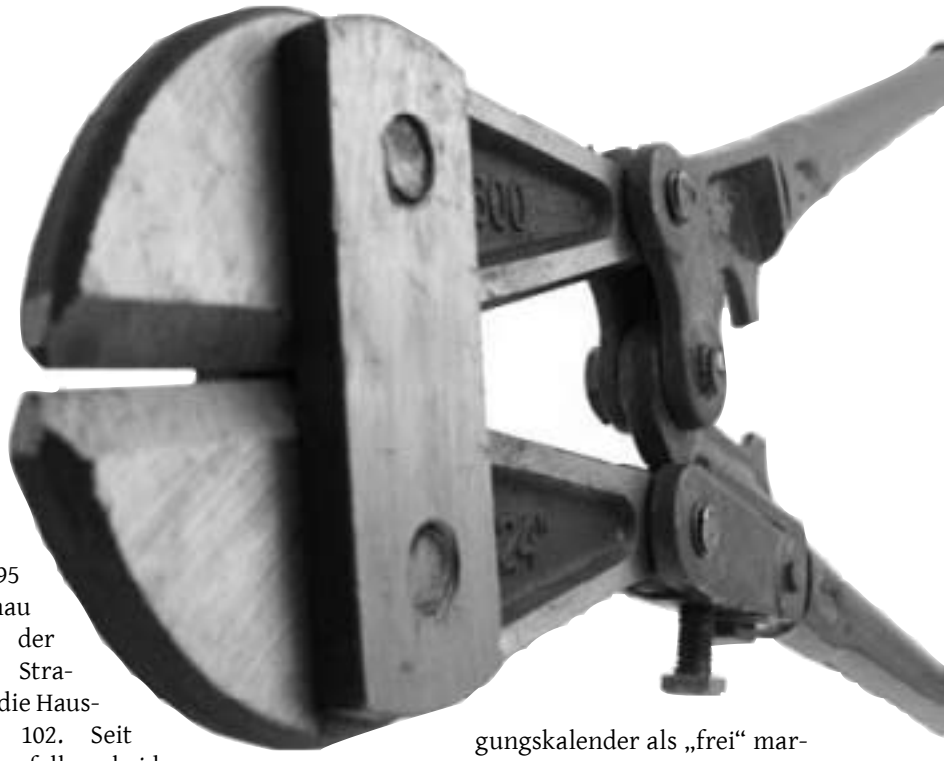
Aber nicht nur Wohnraum fehlt in Oldenburg. Es fehlt an Räumen für Kultur für den kleinen Geldbeutel, für Veranstaltungen ohne großes Budget. An Räumen, in denen sich Menschen treffen und selbst verwirklichen können, abseits von Leistungszwang und kapitalistischer Verwertungslogik. In denen Träume geträumt und ausprobiert werden dürfen und können. Im Hinblick auf die vielen leer stehende Gebäude ist auch dies eine Kriegserklärung. Gegen alle, die solche Räume brauchen, suchen, und in Oldenburg oftmals nicht finden können.

Die Politik ruft gerne zur Zivilcourage auf, wenn sie selber gesellschaftliche Missstände übersieht oder zu lange vernachlässigt hat. Wenn aber Bürger_innen eine solche Zivilcourage praktizieren, in dem sie Gebäude um des Friedens willen öffnen oder sich in einer Einwohnerfragestunde an den Rat wenden, dann reagiert die Politik mit Sätzen wie „Wir brauchen dabei aber keine Hilfe von Hausbesetzern“; so der ehemalige Oberbürgermeister Gerd Schwandner schriftlich auf eine Einwohnerfrage des Kollektivs Leeranstalt vom 21. Mai 2012.

Dabei entsteht in Oldenburg seit Jahren neuer Wohnraum. Unrentable Objekte werden verfallen gelassen und abgerissen, um renditeträchtigere Bauten zu realisieren. In Neubaugebieten wie dem alten Stadthafen entstehen auch viele Wohnungen. Der jeweils gebaute Wohnraum ist allerdings nur einem kleinen, sehr finanzkräftigen Teil der Einwohner zugänglich, die ehemaligen Bewohner_innen des Hafengebietes mussten größtenteils weichen. Die Wagenburg und Schrauberwerkstätten sind an dieser Stelle nur Beispielhaft zu nennen, auch andere Wohn- und Kulturprojekte müssen der unsozialen Stadtplanung weichen. Politik und Verwaltung scheinen kein Interesse an etwas Anderem zu haben, verspricht ein solches Bauen doch mehr Kaufkraft in der Stadt und dadurch auch mehr Mittel im eigenen Haushalt. Menschen, die sich solche Wohnungen nicht leisten können, werden ins Abseits gedrängt. Zusammen mit den hohen Veranstaltungspreisen in Oldenburg sorgt das für Vereinsamung und Isolation.

Das Wohn- und Kulturprojekt Haus Friedensbruch am Theaterwall 24a hat gezeigt, dass es einen hohen Bedarf nach Räumen gibt, in denen man nicht aufgrund eines zu kleinen Geldbeutels vor der Tür gelassen wird. Das Haus und seine Veranstaltungen waren Anlaufpunkt für Bürger_innen, für die es im Rest Oldenburgs nichts gab. Das Verhältnis zu den Nachbarn war gut und selbst in der NWZ konnte mensch Artikel lesen, die tatsächlichen Journalismus vermuten ließen und den kulturellen und sozialen Nutzen des Projektes beschrieben.

Ein solcher Ort fehlt in Oldenburg seit der gewaltsamen Räumung des Haus Friedensbruch. Am 25. Februar 2013 wurde das denkmalgeschützte Dach rechtswidrig durch Beauftragte des Eigentümers zerstört. Die Nutzer_innen des Hauses schützten dann selbstständig die Bausubstanz des historischen Gebäudes. Am 18. September 2013 brach



das Abbruchunternehmen Voßmann in das Haus ein, vertrieb unter Gewaltandrohung den einzigen anwesenden Bewohner und begann, die Habseligkeiten der Bewohner und Nutzer_innen zur Mülldeponie abzufahren. Die aggressiv auftretenden Bauarbeiter rissen den ursprünglichen Fußboden heraus, zerschlugen die Toilette sowie historische Fenster und Türen.

Die ehemalige Gaststätte in der Kurwickstraße 23/24 steht immer noch leer, genau wie die Wohnungen darüber. Die Eigentümerin kam am 05.11.2013 in der NWZ zu Wort, sie suche nach einem Mieter für das Erdgeschoss und verkündete „Die Wohnräume im Obergeschoss möchte ich renovieren und für eine Studenten-Wohngemeinschaft zur Verfügung stellen.“. Seit dem ist nichts passiert.

Ebenso bei der 2012 besetzten ehemaligen Grundschule in der Ekkartstraße, die seit 2009 leer steht. Zunächst sollten deren Räume für die benachbarte Schule genutzt werden, inzwischen will die Stadt wohl verkaufen und damit dem Markt ein weiteres Spekulationsobjekt zur Verfügung stellen, das langsam vor sich hin verfällt bis Abriss und Neubau gewinnversprechend scheinen. Auch hier ist seit dem nichts passiert. Ein weiteres Haus steht in der Donnerschweer Straße 95 leer, genau wie auf der anderen Straßenseite die Hausnummer 102. Seit Jahren verfallen beide Gebäude vor sich hin, die Löcher im Dach sind von der Straße aus sichtbar. Das ehemalige Gefängnis hier ganz in der Nähe wartet ebenfalls auf einen neuen, hoffentlich humaneren Verwendungszweck. Das ehemalige Wallkino, ein großes Haus in der Brüderstraße, eine kleines in der Cloppenburger Straße. Der historische Ringlockschuppen und und fast endlos viele weitere Gebäude. Sie alle werden dem Verfallen überlassen, obwohl noch immer ein Ort in in dieser Stadt fehlt, der Frieden stiftet bei all diesen Kriegserklärungen.

Das Häuschen am Theaterwall 24a steht heute nicht mehr ganz leer. Seit einiger Zeit wird es saniert als das blaue Haus vermarktet und dient als Ausstellungsraum für Designermöbel. Die Nutzung der Veranstaltungsräume im Erdgeschoss kostet 280 Euro, pro Tag. Auch zu Zeiten des Haus Friedensbruchs waren dort Veranstaltungen möglich. Kostenlos, für alle. Erwähnenswert bleibt, dass die Räume von heute bis einschließlich Juni 2016 jeden einzelnen Tag im Belegungskalender als „frei“ markiert sind. Und das es immer noch keinen neuen Raum für nicht kommerzielle Kultur und Wohnformen gibt.

All dies macht deutlich: Es handelt sich bei dem Gebäude in der Kurwickstraße 23/24 nicht um ein befriedetes Besitztum. Nicht um eine Wohnung. Nicht um Geschäftsräume. Und auch nicht um abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind.

Wo Häuser leer stehen, obwohl sie von den Bürger_innen einer Stadt gebraucht werden, kann kein Hausfrieden gebrochen werden. Denn wo kein Leben ist, kann es auch keinen Frieden geben.

geklaut bei:
regentied.blogsport.de &
hausfriedensbruch.wordpress.com

Vom Hoffnungsträger zum kleineren Übel

Substanzielle Veränderungen sind von SYRIZA nicht zu erwarten

Für die einen ist er ein Schreckgespenst, für die anderen ein Hoffnungsträger. Von seinen Anhänger_innen wird Alexis Tsipras schon mal als »griechischer Chaves« bezeichnet oder mit Salvador Allende verglichen, vor dessen Schicksal es den voraussichtlich nächsten griechischen Ministerpräsidenten zu bewahren gelte. Für seine Gegner_innen dagegen ist er ein »charmanter Brandstifter« (Spiegel online, 29.12.14) oder eine Art »griechischer Bodo Ramelow«. (Frankfurter Rundschau, 3.1.15) Die Krone für Verleumdung gebührt dabei wieder einmal der Bildzeitung, die am Silvestertag in klarer Anspielung auf die antisemitische Hetzschrift »Protokolle der Weisen von Zion« Europa vor den »Hetz-Protokollen des linken Griechen« zittern sah.

Fakt ist, dass die Wähler_innen in Griechenland am 25. Januar 2015 nur zwei Alternativen haben: entweder die bisherige Politik zu bestätigen und Samaras erneut zum Ministerpräsidenten zu machen oder aber es mit einer Linksregierung unter Alexis Tsipras zu versuchen. Denn keine andere der zahlreichen antretenden Parteien hat auch nur den Hauch einer Chance, als Siegerin aus den Wahlen hervorzugehen.

Hoffnung auf Verbesserungen für Millionen

Für die über 1,5 Millionen Arbeitslosen oder die mehr als drei Millionen aus allen sozialen Netzen, inklusive des Zugangs zum Gesundheitswesen Herausgefallenen wäre jede noch so kleine Verbesserung, die eine Linksregierung in Griechenland umsetzen könnte, eine Erleichterung im täglichen Überlebenskampf. Das gilt ebenso für die von der - gekürzten - Rente der Oma überlebenden Familien wie für die Hunderttausenden, denen Strom und Wasser wegen unbezahlter Rechnungen abgedreht wurden oder der Verlust des letzten Refugiums in Form einer eigenen Wohnung droht, weil man den Bankkredit oder die Immobiliensondersteuer nicht bezahlen kann.

Bewegungen und Linke dagegen sehen der Aussicht auf eine SYRIZA-Regierung mit mehr als nur gemischten Gefühlen entgegen. Denn das in den Bewegungen verankerte Linksbündnis, das im Sommer 2012 mit einem durchaus radikal zu nennenden Programm nur knapp gescheitert war, gibt es nicht mehr. Aus ihm wurde eine straff hierarchisch und zentralistisch organisierte Partei, deren Programm bestenfalls noch gut linkssozialdemokratisch genannt werden kann.

Nur ein Jahr nach den Wahlen wurde, auf dem Parteitag im Juli 2013, dieser Prozess mit dem Beschluss abgeschlossen, alle bisher in SYRIZA organisierten Parteien und Organisationen hätten sich »in angemessener Zeit« aufzulösen und deren Mitglieder in der nun als

Einheitspartei konzipierten SYRIZA zu organisieren. Zwar haben ihn bis heute einige wenige Organisationen nicht umgesetzt, es schwebt jedoch als Damoklesschwert über ihnen, dass bei Abweichen von der Linie ein Rausschmiss aus der Linkspartei die Folge sein könnte. Die Rolle der innerparteilichen linken Opposition fällt seitdem fast ausschließlich der als Fraktion organisierten Linken Plattform und deren bekanntestem Sprecher Panagiotis Lafazanis zu.

In der Folge kam es immer wieder zu Alleingängen der SYRIZA-Führungsriege. So wurden beispielsweise die Kandidat_innen für die Europawahlen im Mai 2014 ohne Absprache mit den regionalen Parteistrukturen bestimmt. Unterdessen begab sich Parteichef Tsipras, ebenfalls oftmals ohne Konsultation der Parteigremien, auf Tournee. Zum Beispiel nach Lateinamerika, allerdings nicht etwa nach Venezuela oder Kuba, sondern überall dahin, wo ihn möglichst hochrangige Vertreter_innen des Staates empfingen. Oder zu zahlreichen Veranstaltungen von Spitzenkräften der Wirtschaft, wie beispielsweise im vergangenen Dezember in London oder bereits davor in New York.

Tsipras hielt Reden auf diversen Wirtschaftsforen, traf sich mit den einheimischen Unternehmerverbänden und mit Vertreter_innen der Troika in Brüssel und Berlin. Kurz gesagt, er unternahm alles, um das Bild vom Enfant terrible zu korrigieren und sich als verlässlicher Staatsmann zu präsentieren, dessen Regierung die internationale Vertretung des Kapitals gelassen entgegensehen könne.

Abgerundet wurde dieses Bild durch Besuche bei diversen Kirchenvertretern. Dabei konnte man der Audienz eines atheistischen linken Politikers beim wahrscheinlich fortschrittlichsten Papst seit Jahrhunderten auch angesichts der Verteufelung desselben durch die griechisch-orthodoxe Kirche noch etwa abgewinnen. Allerdings dürfte nicht nur Feministinnen der Besuch von Tsipras beim reaktionären und skandalverstrickten Oberhaupt der für Frauen verbotenen Mönchsrepublik Athos (Agion Oros) übel aufgestoßen sein.

SYRIZA hat programmatisch abgespeckt

Doch die Basis der Partei dient mehr und mehr nur noch als Kulisse für die grandiosen Medienauftritte des Parteivorsitzenden: Ein von Samstagabend bis Sonntagnachmittag angesetzter Zwischenparteitag am ersten Januarwochenende, auf dem das Wahlprogramm verabschiedet werden sollte, wurde bereits Samstag um Mitternacht, nur vier Stunden nach der pünktlich zur Hauptnachrichtensendezeit gehaltenen Rede von Tsipras, beendet. Zahlreiche Delegierte mussten wieder nach Hause fahren, ohne ihre Vorschläge eingebracht haben zu können. Eine Abweichung von dem in Thessaloniki vorgestellten Programm war offensichtlich nicht vorgesehen.

Gleichzeitig wurde bei SYRIZA programmatisch abgespeckt. Im Programm von 2012 wurde als erste Amtshandlung einer SYRIZA-Regierung die Annullierung der Gläubigermemoranden und aller Gesetze zu ihrer Umsetzung angekündigt. Das derzeit gültige, im vergangenen September in Thessaloniki vorgestellte »Programm für den nationalen Wiederaufbau« spricht nur noch von der Rücknahme einzelner Maßnahmen und der Neuverhandlung der griechischen Staatsschulden. Übernommen wurden nur die Zielsetzung der Streichung eines Großteils der Schulden und die Rückzahlung des Rests abhängig vom Wirtschaftswachstum des Landes.

Ganze im Programm von 2012 enthaltene Themenkomplexe kommen im neuen Programm von Thessaloniki nicht mehr vor. Dazu gehört die Ankündigung der Auflösung der Bereitschaftspolizei und des Verbots des Einsatzes von chemischen Kampfstoffen wie Tränengas gegen Demonstratant_innen. Kein Wort mehr über eine weitreichende Gleichstellung von im Land lebenden Migrant_innen mit griechischen Staatsbürger_innen oder die Ausstellung von Reisedokumenten für all diejenigen, die nicht hierbleiben wollen.

Keine Rede mehr von der Abschaffung aller Steuerprivilegien für Reeder und die orthodoxe Kirche. Auch die 2012 niedergeschriebene Verpflichtung, keine Entscheidung ohne Mitsprache der Betroffenen zu treffen, fehlt im derzeitigen Programm.

Potenzielle Verbündete oder Gegner?
Viele Linke argumentieren angesichts dieses offensichtlichen Rückschrittes, die Bewegung müsse ihrerseits Druck ausüben, damit SYRIZA diese Punkte wieder aufgreife und auch wirklich umsetze. Beispielhaft dafür steht das »Netzwerk für politische und soziale Rechte«. Die jüngste Ausgabe ihrer Zeitschrift enthält ein achtseitiges Dossier mit den Erwartungen der Linken an eine SYRIZA-Regierung, das viele dieser Punkte anspricht. Dabei macht sich die Linke jedoch in weiten Teilen Illusionen, was die Haltung der SYRIZA-Führungsriege zur Bewegung angeht: Trotz anderer Äußerungen besäße die Bewegung lediglich keine Priorität für die einseitig auf die etablierten Institutionen fixierte SYRIZA-Führung. Nur dem anarchistischen Spektrum ist klar, dass SYRIZA in einer Bewegung, die sich nicht den eigenen Zielen unterordnen lässt, keine potenzielle Verbündete, sondern eine Gegnerin sehen wird.

Für die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) dagegen war SYRIZA von Anfang an nichts anderes als eine andere Art der Systemverwaltung im Interesse des Kapitals. Das ist nicht verwunderlich, geißelt die Partei doch beispielsweise den in Venezuela eingeschlagenen Weg eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts als gefährliche Abweichung oder sieht in den diversen Bewegungen der Empörten nur Marionetten des Kapitals. Mit ihrer rigorosen Verweigerung auch nur einer Tolerierung einer Linksregierung ist die KKE dabei nicht ganz unschuldig am vollzogenen Rechtsruck von SYRIZA. Dem KKE-Modell einer als Diktatur des Proletariats bezeichneten Diktatur des eigenen Zentralkomitees in einem nach Art der DDR organisierten Staat hingegen mangelt es an Anziehungskraft. Die Massen lassen sich jedenfalls nicht revolutionären Taten hinreißen.

Ohne gehörigen Druck von den Bewegungen wird eine SYRIZA-Regierung wahrscheinlich nicht mehr als einige kleine materielle Verbesserungen für die von der Austeritätspolitik drangsalierte Bevölkerung zu bieten haben. Ihr Scheitern birgt darüber hinaus die Gefahr, dass die Rechte stärker und reaktionärer denn je an die Regierung zurückkehren könnte. Das angebliche Schreckgespenst hat für das Kapital längst jeden Schrecken verloren, aus der einstigen Hoffnungsträgerin ist wieder einmal das kleinere Übel geworden. Die entscheidende Kraft für substanzielle Veränderungen aber bleiben nach wie vor die Bewegungen. Auf der Straße, in den Stadtvierteln und Betrieben, nicht in den Parlamenten.

von Heike Schrader
aus analyse & kritik Nr. 601

Syriza und soziale Bewegungen

Zwischen großen Risiken und einigen Möglichkeiten – Interview mit AlfaKappa Athen

Wir haben mit Spyros Tz, einem Genossen von AlfaKappa Athen, über soziale und politische Zusammenhänge in Griechenland, die durch den Wahlsieg Syrizas beeinflusst werden gesprochen. Wir glauben, dass dieser Beitrag hilfreich ist um die Vorgänge auf der hellenischen Halbinsel desillusionierter und mit mehr Klarheit zu betrachten. Aus Sicht der Kämpfe skizziert Spyros auch die Zeitpunkte unmittelbarer Nachweise und Optionen und Räume für Zwiespältigkeit, die durch das Eintreffen der Syriza-Regierung eintreten.

Infoaut: Jetzt, da Syriza anscheinend den Großteil der Sitze des griechischen Parlaments erobert hat, was sollten wir als die ersten Handlungen der neuen Regierung erwarten? Wo wird der zentrale Fokus der Eingriffe stattfinden, auch in Anlehnung an die Debatten der letzten Tage des Wahlkampfes? Welchen Themen wird Vorrang gegeben, den nationalen oder den internationalen?

Spyros: Wir begeben uns in einen Abschnitt sehr intensiver politischer Zeit. Die Entscheidungen aller politischer Akteure werden drastische Resultate erzeugen, welche die Zukunft bestimmen werden. Ich glaube, dass die Regierungspartei noch keine endgültigen Entscheidungen bezüglich diverser wichtiger Angelegenheiten getroffen hat. Tsipras hat bewiesen, dass er hervorragend nach einer strikten linken Agenda handelt und eine pragmatische Agenda mit breitem parlamentarischen Konsens annimmt. Die Beteiligung von ANELL (unabhängige Griechen) wird sicherlich die – vermeintliche – Agenda Syrizas bezüglich Einwanderung, Menschenrechte, Trennung von Staat und Kirche und anderer maßgeblicher Themen ernsthaft einschränken. Das hauptsächliche politische Thema ist natürlich die nationale Verschuldung. Ich glaube, dass SYRIZA eine nationale Allianz innerhalb des Parlaments bilden möchte um das Thema effektiver mit ihren europäischen „Partnern" verhandeln zu können. Daher glaube ich, dass es höchste Priorität der Regierung ist, mehr politische Zeit zu gewinnen um sich auf die Verhandlungen im Ausland vorzubereiten.

Infoaut: Was sind die Gegenmaßnahmen die die Menschen, welche über die Kapitalflüsse innerhalb des Landes (also nicht nur die anderen Parteien) herrschen, jetzt umsetzen könnten? In den letzten Monaten hat Tsipras nach besten Kräften versucht die moderaten Kräfte zu besänftigen indem er von „intensiven Diskussionen" und nicht von „großen Brüchen" mit der Troika sprach. Unabhängig davon hat die internationale Finanzwelt bereits negativ auf einen möglichen Wahlsieg Syrizas reagiert und die Situation kann gut und gerne in den nächsten Tagen so weitergehen...

Spyros: Das ist eine Antwort, die nur die Regierungsvertreter_innen geben können. Sie sind diejenigen, die einen guten Blickwinkel auf die Möglichkeiten der öffentlichen Kassen zur Finanzierung des Programms von Syriza haben. Eine Menge wird durch die Entscheidungen der europäischen Führungspersonen festgelegt werden, da auch sie noch keine klare Position bezogen haben was sie tolerieren werden und was nicht.

Infoaut: Ein wichtiger gegebener Faktor ist die Goldene Morgenröte. Obwohl ein bedeutender Teil ihrer Anführer im Gefängnis sitzt und obwohl rechte Stimmen massiv der Nea Dimokratia zugeströmt sind, um sich gegen die pro-Tsipras Stimmen zu stellen, ist der Resultat zwischen 6% und 8% sicherlich ein bedeutendes. Kürzlich hat die Goldene Morgenröte erklärt, dass ein Scheitern der Tsipras-Regierung den Weg für einen weiteren politischen Schub ebnen würde, welcher wiederum die Neonazis an die Macht bringen würde. Wie fasst du diese Tatsachen und Eindrücke auf? Wie hat sich die Goldene Morgenröte während des Wahlkampfes verhalten? Könnte deiner Meinung nach, auf Syrizas Erreichen der Macht, eine Gegenbewegung gegen diese Organisation erfolgen?

Spyros: Faschisten waren schon immer auf der griechischen politischen Bühne präsent, obwohl getarnt innerhalb anderer Parteien und dem generellen nationalistischem Diskurs, welcher charakteristisch ist für die griechischen parlamentarischen Kräfte. Die Goldene Morgenröte war ein Magnet, welcher

sie organisiert und zu einer ernsthaften Bedrohung gemacht hat; auf der Straße für die Gesellschaft und im Parlament für andere politische Strömungen der Rechten. Das Verfahren gegen die Goldene Morgenröte wird gegen März beginnen und es wird geschätzt, dass er einige Jahre dauern wird! Die Handhabung des Verfahrens durch die Goldene Morgenröte und Syriza ist zwiespältig und wird vieles festlegen, zum Guten oder Schlechten. Sicher ist, dass die Goldene Morgenröte nach den Festnahmen ihre „street credibility" verloren hat (weil sie ihre direkte polizeiliche Unterstützung verloren hat). Ich glaube, dass die Prozente der Goldenen Morgenröte genau dem Prozentsatz des harten Kerns an Neonazis und Junta-Fans in Griechenland entspricht und dass eine Abnahme sehr schwer wäre. Aber auch im Strom der extremen Rechten gibt es intensive Verhandlungen und Debatten, welche wahrscheinlich zur Entstehung einer neuen Partei führen werden, welche Mitglieder der Goldenen Morgenröte vom Nazismus reinwaschen wird und Mitglieder der Nea Dimokratia radikalisieren wird. Falls ich auf die nächste hegemoniale politische Strömung der Politik im Falle eines Zusammenbruchs Syrizas wetten würde, fiele meine Wahl auf eine Allianz zwischen der „extremen Mitte" und den Neokonservativen um Potami (der Fluss) und nicht eine extrem rechte.

Infoaut: Nach der außergewöhnlichen Periode von Streiks und Revolten gegen das Memorandum seit 2012, scheint es uns, als hätte sich die Bewegung gegen die Krise in Griechenland hinter einer ganzen Reihe von Selbstverwaltung, mutualistischen und antifaschistischen Erfahrungen verschanzt. Was für Beziehungen unterhielt Syriza während der letzten Jahre zu diesen sozialen und politischen Prozessen, die durch diese Bewegungen angeregt wurden? Mit Syriza an der Macht, welche revolutionären Möglichkeiten werden vorbei sein und welche werden sich, aus Sicht des Kampfes, eröffnen?

Spyros: Die Frage fasst den Kern der politischen Probleme der griechischen zeitgenössischen Bewegung zusammen, welche heutzutage beantwortet werden müssen. Syriza ist das Resultat von Kämpfen und ihrer Niederlage auf Ebene der Bewegung. Die Bewegung hat es nicht geschafft einen ernsthaften Gegenangriff gegen den konservativen Angriff auf allen Ebenen, mit Unterstützung der EU, darzustellen. Syriza wurde auch durch die Stimmen von Menschen aus der Bewegung gewählt, und das ist sinnvoll, da sie eine realistische Wahl darstellt bezüglich diverser Dinge bei denen die Bewegung versagt hat (zum Beispiel die Verteidigung der Steuerattacke, die Abschaffung der Sonntagsarbeit, die Abschaffung des Hochsicherheitsgefängnisgesetzes). Auf der anderen Seite wissen wir, dass es keine „libertäre" Regierung gibt und niemand wird Maßnahmen ergreifen, welche Freiheit und die Interessen der unteren Klassen fördern, wenn diese nicht selbst für ihre Interessen kämpfen. Die Mitwirkung rechtspopulistischer Minister_innen in der Regierung und Ex-Pasok-Mitglieder unterstützt die vorherigen Argumente. Also hat die Bewegung die neue politische Landschaft zu berücksichtigen und neue Strategien zu entwickeln. Ich würde mir drei wichtige Elemente vorstellen, die das kennzeichnen sollten: zuerst sollte die Regierung erpresst werden um die gemeinsame Agenda, welche sie mit der Bewegung teilt, zu erzwingen (Schließung der Abschiebelager für Flüchtlinge und die Gewährung von Staatsangehörigkeit, Abschaffung der Hochsicherheitsgefängnisse, Abschaffung der Antiterrorismusgesetze etc.) und um sicherzustellen, dass die Bewegung die stärkste Opposition sein wird. Das zweite ist das Besetzen, Expandieren und Erschaffen neuer sozialer Räume für die Bewegung und am allerwichtigsten die Schaffung einer gemeinsamen Grundlage, einem gemeinsamen Zentrum, einem gemeinsamen Universum gegen staatliche und kapitale Kontrolle von außen. Soziale Zentren müssen sich auf des Bedienen sozialer Bedürfnisse fokussieren, sie müssen aber auch Einrichtungen aufbauen für gegenseitige Unterstützung und Teilen (soziale Banken, welche diese Projekte fördern, solidarische Wirtschaft und Verteilungsnetzwerke etc.). Antifaschistische Initiativen müssen zusammenarbeiten um antifaschistische Diskurse und antifaschistische Hegemonie auf der Straße zu fördern. Die Beschlagnahmung von Raum und die Umwandlung der Metropole in eine Galaxie von sozialen Räumen und Initiativen der Selbstverwaltung braucht ein Level an Koordination und Organisation, welches die griechische Szene sich bisher noch nicht einmal vorgestellt hat. Die größte Bedrohung dieses Zusammenhangs ist die Gefahr der Integration in den Staat, und die größte Herausforderung ist das Sicherstellen der totalen Autonomie sowie der gleichzeitigen Durchführbarkeit des antiautoritären Projekts. Es gibt da noch ein viertes Element: das der internationalen Koordination und Unterstützung. Die griechische autonome/anarchistische/antiautoritäre Bewegung hat immer verkündet, dass eine Lösung nur international sein kann, hat aber wenig getan um das voranzutreiben. Es ist Zeit eine dauerhafte, effektive, und ambitionierte gemeinsame Kampfzone zwischen den europäischen und mediterranen autonomen und antiautoritären Initiativen zu schaffen, welcher unsere Diskurse und Praktiken durchsetzen wird. All diese vier Faktoren benötigen viel Denken, Debatten und Neuzusammensetzung im Namen der a/a/a-Bewegung und, soweit ich sagen kann, gibt es sehr viele Menschen, die dieses Bestreben teilen.

Infoaut: Hat Syriza angedeutet wie sie den Polizeiapparat reformieren wird, welcher für zahllose Misshandlungen und Repressionen verantwortlich ist und teilweise durch die Goldene Morgenröte infiltriert wurde? Können wir einen Erfolgsgrad solcher Pläne erwarten? Wie steht es mit der Reform des Gefängnissystems und der Lage der politischen Gefangenen?

Spyros: Das Polizeiministerium (auch bekannt als „Bürgerschutz!"-Ministerium) wird dem Innenministerium unterstehen. Der Innenminister wird Nikos Voutsis sein, der Vater eines ehemaligen politischen Gefangenen der wegen bewaffnetem Raub verurteilt wurde. In seiner ersten Bekanntmachung trat er der Polizei gegenüber sehr aggressiv auf, indem er sich auf die rassistischen und brutalen Vorfälle an Polizeigewalt der letzten Jahre bezog. Was den Willen angeht, so denke ich, dass ein ernsthafter Versuch unternommen werden wird um die griechische Polizei zu reformieren und auf die Standards von europäischen Menschenrechten zu bringen. Auf der anderen Seite wird der Vize-Polizeiminister der Kriminologe Jannis Panousis sein, ein ex-PASOK- und DIMAR-Politiker_innen. Seine politische Sicht ist eine gleichzeitige Demokratisierung genereller Polizeiarbeit sowie der technologischen und institutionellen Verbesserung der „Antiterror"-Polizeiarbeit. Es ist, auf der anderen Seite, mittlerweile das zweite Mal, dass 50% aller Polizist_innen für die Goldene Morgenröte gestimmt haben. Die Unterwanderung des Polizeiapparats durch Nazis ist sehr stark ausgeprägt und ich bin nicht sicher ob die Regierung das aufbrechen kann. Das einzig Sichere ist, dass ein aufrichtiger Versuch in diese Richtung unternommen werden wird. Die Goldene Morgenröte hat zu ihrer jährlichen Demonstration in ein paar Tagen aufgerufen und antifaschistische-antikapitalistische Zusammenhänge haben zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Die Haltung der Regierung und die Resultate dieses Tages werden einen ersten Blick auf die nahe Zukunft geben. Was das Gefängnissystem angeht, so haben sie bereits die Abschaffung des ungeheuren Hochsicherheitsgefängnisgesetzes verkündet. Die Überbelegung griechischer Gefängnisse ist ein Resultat der sehr hohen strafrechtlichen Sanktionen für Drogendelikte, des Rassismus griechischer Richter_innen und Polizist_innen und des extremen Missbrauchs von Untersuchungshaft. Positive Schritte in diesem Bereich werden bestimmt werden durch die internen Widersprüche zwischen Syriza und ANELL innerhalb der Regierung. Wir müssen allerdings zugeben, dass die Jurist_innen von Syriza sehr fortschrittlich sind und es ihnen gelingen könnte den dauerhaften sozialen Druck bezüglich der Gefängnisse zu entlasten. Das Problem der politischen Gefangenen ist eine sehr ernsthafte Angelegenheit und zwar eine bezüglich derer Syriza keine Aussagen getroffen hat. Im Augenblick gibt es ca. 50 politische Gefangene in griechischen Gefängnissen. Einige von ihnen sind Türk_innen – Mitglieder der DHKP-C – und werden vom türkischen Staat des Terrorismus beschuldigt. Einige andere sind zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden – Verurteilungen, die auf einem totalitären antiterroristischen Rechtssystem basieren, welches extreme Strafen für geringfügige Straftaten fordert und sogar persönliche Beziehungen kriminalisiert. Ich glaube, dass dies eine Angelegenheit ist, die nicht vorrangehen wird, falls die Bewegung keinen ernstzunehmenden Druck gegenüber der Regierung aufbaut.

Infoaut: Hat sich die Beziehung zwischen der Bewegung und Syriza geändert seitdem Syriza das erste Mal Chancen hatte die Wahlen zu gewinnen (also nach dem Ende der ersten großen Periode an Kämpfen von unten gegen das Memorandum und des Ausbruchs von Protesten auf dem Syntagma-Platz)?

Spyros: Um so größer die Chancen für Syriza wurden die parlamentarische Mehrheit zu erobern, um so mehr distanzierte sie sich von der Bewegung. Die Aufnahme von populistischen ehemaligen PASOK-Politiker_innen in die Partei hat uns gezeigt, dass Syriza eher ein Produkt der Niederlage der Plätze ist eine direkte demokratische Alternative darzustellen, als eine dialektische Blüte einer sozialistischen Bewegung. Die Mitglieder von Syriza haben sich wie die wahren Erben des Stalinismus aufgeführt, welcher alle linken Parteien Griechenlands charakterisiert, anstelle dass sie kritisieren und eine bewegungsorientierte Agenda fördern. Es gibt Schätzungen, dass 10 000 Regierungs- und ministerielle Posten die entscheidenden sind, an die jede Regierung ihre eigenen Leute setzen muss um tragfähige Politik hervorzubringen. Da Syriza 35 000 Mitglieder hat ist klar, dass einer von dreien einen Platz im Staatsapparat einnehmen wird und sie ist eine Partei, die schnell eine Partei des Staates werden wird und die bürokratischen Reflexe die das mit sich bringt annehmen wird. Also werden viele der mit Syriza verbundenen Kräfte dem Dilemma begegnen entweder zur Bewegung zurückzukehren oder sich für immer von ihr zu trennen. Eine Sache ist sicher: der Staat und die Bewegung sind zwei Elemente deren einzige dialektische Beziehung eine des Konflikts ist. Falls dem nicht so ist, dann ist die Beziehung eine der Integration und Bürokratie.

von infoaut.org
Übersetzung: Freund_innen

Eine Chance für die Bewegung

Was machen wir denn jetzt mit Syriza?
Wenn wir eines sicher sagen können, dann ist es, dass wir die griechische Wahl vom 25. Januar ohne Illusionen beobachtet haben. Wir waren keine allzu großen Syriza-Fans und sind es auch heute nicht, wer das nachlesen will, kann das auf unserem Blog tun. Jetzt machen wir aber einen Schwenk, und zwar einen Schwenk ganz ohne Not, denn wir könnten uns auch ausruhen und sagen: Wir haben´s euch ja immer schon gesagt, und sehet, es wurde wahr, die koalieren mit Rechten. Aber das wäre etwas billig und deshalb: Linke in Deutschland, verteidige die Syriza-Regierung.

Warum das, du irres Lower Class Magazine, hören wir einige schon jetzt stöhnen. Findet ihr nicht auch, dass die Koalition mit den nationalistischen Pennern der „Unabhängigen Griechen" (Anel) zu weit ging? Können wir soetwas noch gut finden? Zur Koalition ist viel geschrieben worden, und vielleicht fangen wir hier an. Die von vielen als „natürlicher Koalitionspartner" beschriebene kommunistische Partei KKE hatte vor sowie nach der Wahl unmissverständlich klar gemacht: Wir wollen nicht. Aus Perspektive der KKE war das konsequent, denn ihre politische Linie ist eine des „Alles oder nichts". Ob diese Linie die Partei, die tatsächlich mit ihrer Arbeiterorganisation PAME über die wichtigste Klassenorganisation in Griechenland verfügt, weiterbringt, ist zu bezweifeln. Regelmäßig verliert die KKE an Zustimmung. Zwar konnte sie nun im Vergleich zur letzten Wahl Stimmen gut machen, sie liegt aber nach wie vor hinter ihren Wahlergebnissen von 2009 oder gar 2007. Die Partei scheint, so wirkt es zumindest von „außen" und so beschreiben das auch viele frühere Mitglieder aus PAME und KKE, eine äußerst problematische Strategie zu verfolgen: Erst muss die Mehrheit der Bevölkerung hinter der KKE stehen, und dann und nur dann kann irgendwas die gesellschaftlichen Verhältnisse Veränderndes angegangen werden. Jeder, der vorher losschlägt, ist entweder ein Provokateur (Anarchisten) oder verbleibt im bürgerlichen Koordinatensystem und ist daher ein Verräter (Syriza).

Die KKE hat aus dieser Erwegung heraus – leider – eine Rolle gespielt, die zum einen bei den militanten Massenaufständen 2010/2011 bremste, und die gleichzeitig auch jetzt nicht geneigt ist, innerhalb einer möglichen Koalition mit Syriza ein vorwärtstreibendes Element zu sein. Denn grundsätzlich hat die KKE in einem entscheidenden Punkt recht: Ohne den radikalen Bruch mit dem Bisherigen wird nichts vorangehen. Ein „halber" Bruch mit der EU-Troika wird nicht reichen. Durch ihre eigene Strategie verpasst sie die Chance, dieser Einsicht zur Wirksamkeit in der Realität zu verhelfen.

Warum diese Koalition?
Zurück zur Koalition. Die KKE also

nicht. Was bliebe? Einige meinten, man hätte lieber mit „To Potami“ oder gar den Überresten der griechischen Sozialdemokratie koalieren sollen. Das ist selbstverständlich völliger Blödsinn. Denn das Entscheidende für Syriza, der Grund, warum sie gewählt wurden, ist das Versprechen, den von Brüssel und Berlin aufgezwungenen Austeritätskurs zu beenden. Und das wäre mit diesen Parteien nicht möglich gewesen.

Syriza hatte genau zwei Möglichkeiten: Zu sagen, nein, unter diesen Bedingugen können wir keine Regierung bilden, wir geben ab an die bisherige Regierungspartei Nea Dimokratia. Oder eine Koalition mit der bedeutend kleineren, unerfahrenen und ideologisch kaum gefestigten Anel einzugehen. Das haben sie gemacht, und freuen wird das niemanden. Aber sehen wir uns an, was die ersten Ergebnisse dieser Liaison sind.

Der Mindestlohn wurde angehoben, von 400 auf 751 Euro. Die Privatisierungen des Hafens von Piräus und des Stromversorgers DEH wurde gestoppt, die 13. Monatsrente wieder eingeführt, tausende Entlassungen im öffentlichen Dienst wurden zurückgenommen. Das sind nur einige der bisher beschlossenen Maßnahmen und die Regierung ist gerade ein paar Tage alt. Wichtig, vor allem um gleich klar zu machen, dass die Anel in Migrationsfragen nichts zu melden hat, ist der Beschluss, Kindern von Einwanderern die griechische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Und ebenfalls wichtig, auf einer symbolischen Ebene, ist der entschlossene Widerstand gegen den EU-Kurs gegen Russland, der derzeit mehr als alles andere für Verstimmung bei deutschen Außenpolitikern und Journalisten sorgt.

Wie schätzen wir das ein? Ist das „revolutionär“? Sicher nicht. Aber es ist ein Zeichen der Hoffnung für die griechische Bevölkerung, die durch den aufgezwungenen Sparkurs zu ersticken drohte. Wer je in den vergangenen Jahren in Griechenland war, kennt die Verzweiflung, die sich breit gemacht hat. Ein Land, das in eine langdauernde Rezension gezwungen wurde, in dem sich die Löhne halbierten, viele nichts, wirklich nichts mehr hatten. Arbeitslosigkeit, Rentenkürzungen, sozialer Verfall. Kürzlich habe ich mich mit einem syrischen Flüchtling unterhalten, der illegal über Griechenland nach Europa eingereist ist. Er sagte mit: „Man kann nicht glauben, dass Griechenland ein Land in der EU ist. Die Leute sind ärmer als in Syrien vor dem Krieg.“

Klassisch sozialdemokratisch

Was Syriza macht, ist nicht revolutionär, es ist klassisch sozialdemokratisch, nämlich wenn man an die Sozialdemokratie vor ihrer extrem-neoliberalen Wende mit Blair und Schröder zurückdenkt. Die ökonomischen Überlegungen der Syriza-Minister sind links-keynesianistisch, und sie wollen selbige mit parlamentarischen Mitteln durchsetzen. Das ist sozialdemokratisch in dem Sinne, in dem die deutsche Linkspartei sozialdemokratisch ist. Das ist nichts, was wir feiern müssen, aber wir leben in einer Zeit, in der selbst diese Art von Politik selten geworden ist, deshalb dürfen wir uns nicht voreilig abwenden.

Denn es gibt eine weitere Besonderheit, die man nicht außer Acht lassen darf: Ohne die außerparlamentarischen Kämpfe und Mobilisierungen gäbe es auch Syriza nicht, und viele in Syriza wissen um diesen Umstand. Syriza ist der parlamentarische Versuch, das zu erreichen, was man 2010/2011 aus verschiedenen Gründen durch die militante Intervention nicht erreicht hat. Syriza ist ein Minimalprogramm, ein Luftröhrenschnitt für einen Erstickenden.

Ähnlich wie ein Luftröhrenschnitt ist sie zwar notwendig, aber auch keine endgültige Lösung. Das wird sich schon in den nächsten Wochen abzeichnen. Denn der Kern des Syriza-Vorhabens besteht gleichwohl in einem Schuldenschnitt. Den aber haben sämtliche Funktionäre von Europäischer Zentralbank, EU-Kommission, IWF, deutscher Regierung bereits kategorisch ausgeschlossen, in der gesamten EU läuft zudem eine Medienkampagne, die den Leuten verklickern soll: Der Schuldenschnitt heiße nichts anderes, als dass die „faulen Griechen“ euch euer Geld klauen wollen. Noch drückender könnte der Krieg diverser Finanzinstitutionen werden, die sich bereits eingeschaltet haben: Moody´s und Standard&Poors sind eifrig dabei die Ratings Griechenlands zu drücken, die Refinanzierung an den Kapitalmärkten wird immer schwieriger.

Radikalisierung oder Tod

Tsipras und seine Syriza stehen vor diesem Dilemma: Entweder der vollständige Bruch mit Euro-Zone, EU und jenen deutschen Kolonialherren, die meinen, entscheiden zu können, was in Griechenland gewählt werden darf. Oder der Tod von Syriza. Denn die Wählerinnen und Wähler werden dieses Mal sicher ganz genau hinsehen.

Bis zu diesem Punkt können wir das ganze von außen beschreiben und so einschätzen, denn es geht uns nur indirekt an, wir sind ja weder Mitglieder von Syriza, noch verlieren wir unseren Ministerposten, wenn Syriza scheitert. Aber: Wenn Syriza scheitert, kommt erstmal sicher nichts besseres. Und das kann man aus Perspektive der Basisbewegung sagen.

Denn nun könnte die Basisbewegung die Gunst der Stunde nutzen. Weite Teile der griechischen Bevölkerung stehen der neuen Regierung und damit der „radikalen Linken“ (zumindest dem wording nach) positiv gegenüber. Die Basisbewegung könnte nun bei dem Motto der unter Arbeiterverwaltung stehenden Fabrik in Thessaloniki, Vio. Me, vorgehen: Resist – Occupy – Produce.

Werden wir einen Moment völlig utopisch: Sagen wir eine massive Bewegung auf der Straße entsteht, die sich nimmt, was sie braucht, die Fabriken besetzt, Wohnviertel, vielleicht am Ende gar Reedereien. Wie würde Syriza reagieren? Würden sie die Bullen einsetzen, um das niederzuschlagen? Gut, dann wissen wir, wo der Feind steht. Oder würden sie aus Regierungsperspektive diese außerparlamentarischen Prozesse unterstützen, wie das etwa Hugo Chavez in Venezuale oder Evo Morales in Bolivien gemacht hat? Ausprobieren sollte man das. Und tatsächlich dürften das auch die Überlegungen sein, die in einem Teil der außerparlamentarischen Linken eine Rolle spielen.

Wenn man das ganze so denkt, ist der der Schwenk, den wir eingangs angekündigt haben, gar keiner. Genau betrachtet, bedeutet nämlich das Verteidigen der Syriza-Regierung zugleich deren Kritik und die Organisation eines Klimas und einer Bewegung, die Syriza weitertreibt oder ganz über Syriza hinausgeht – weiter zu einer Mobilisierung der Basis.

Internationaler Kontext

Verlassen wir Griechenland. Das Entstehen einer ein wenig aus der ewig gleichen Elendsverwaltung ausbrechenden Regierung hat Menschen in ganz Europa begeistert. Zugleich hat es eine Flut an Hetze aus den Reihen der bürgerlichen Journaille hervorgerufen. Was in Bild, Welt, Zeit und wie sie alle heißen in den vergangenen Tagen zu lesen ist, verschlägt einem die Sprache. Man will diese Schreiberlinge Hunde nennen, Schweine, Drecksäue und bemerkt im selben Atemzug, man täte diesen armen Tieren soviel Unrecht durch den Vergleich.

Hier können wir nicht einstimmen. Hier müssen wir intervenieren und sagen: Wenn wir Syriza kritisieren, ist das gut. Ihr aber, ihr Verteidiger jener Politik, die so vielen Griechinnen und Griechen das Leben zerstört habt, ihr habt eure Fresse zu halten. Wir müssen den Impuls aufgreifen. Wir müsssen ihn bewahren vor der Hetze des Feindes. Und wir müssen ihn verstärken, bis aus dem Funken Hoffnung, der entstanden ist, ein Feuer wird, in dem das Alte verbrennt und das Neue entsteht.

von Peter Schaber, Lower Class Magazine
lowerclassmag.com

Thesen zu Podemos und der »demokratischen Revolution« in Spanien

Mit dem Auftauchen von „Podemos“ ist die politische Landschaft in Spanien auf den Kopf gestellt worden. Neueren Umfragen zufolge könnte die erst im Januar 2014 gegründete Organisation bei den Wahlen im kommenden Jahr stärkste Partei werden. Zum ersten Mal seit vielen Jahren scheint sich eine politische Linke in Europa nicht nur einen Regierungswechsel oder eine Oppositionsrolle, sondern auch ernsthaft einen grundlegenden gesellschaftlichen Transformationsprozess zum Ziel zu setzen. Zeit, sich das Phänomen genauer anzuschauen.

1. Auch wenn man mit derartigen Prognosen fast immer falsch liegt: Der spanische Staat steht vor dem größten Bruch seit Ende der Franco-Diktatur. In mehreren Großstädten haben die linken radikaldemokratischen Listen der Guanyem / Ganemos-Initiativen realistische Chancen, die im Mai anstehenden Bürgermeisterwahlen zu gewinnen. In Katalonien waren in den letzten Monaten Millionen für ein demokratisches Selbstbestimmungsrecht auf der Straße, worauf Madrid nur mit immer neuen Verboten zu reagieren weiß. V.a. aber wird die politische Landschaft in Spanien vom Phänomen Podemos beherrscht. Verschiedenen aktuellen Umfragen zufolge wäre die erst im Januar 2014 gegründete Linkspartei mit knapp 28% Wählerzuspruch heute, ein Jahr vor den Parlamentswahlen, stärkste Partei.

2. Das Bemerkenswerte an Podemos sind weniger die Umfrageergebnisse, die volatile Momentaufnahmen sein können, als die von der Organisation in Gang gesetzte gesellschaftliche Mobilisierung. 900 Podemos-Basisgruppen, so genannte Zirkel, haben sich im ganzen Land gebildet. Am Gründungskongress der Partei im Oktober haben fast 10.000 Menschen teilgenommen. Und auf Stadtteilversammlungen diskutieren Hunderte Nachbarn über Krise, Kapitalismus und „reale Demokratie“ – wobei mit „Nachbarn“ auch tatsächlich Nachbarn gemeint sind. Podemos hat das subkulturelle Milieu verlassen. Erstaunlich ist dabei auch das Niveau der Debatte, die einerseits von einem auf die Wahlen 2015 gerichteten Pragmatismus, andererseits von einer scharfen Kritik des Neoliberalismus und des bürgerlichem Politikbetriebs bestimmt ist.

3. Podemos ist Ausdruck einer Repräsentationskrise, wie sie seit den 1990er Jahren zahlreiche Länder des neoliberalen Regimes erfasst hat. D.h. Podemos ist eben nicht das Produkt eines allmählichen Wachstumsprozesses, sondern scheint in einem politischen Vakuum zu entstehen und dehnt sich explosionsartig aus: Keine bestehenden politischen Strukturen (wie Gewerkschaften, größere NGOs oder Medien) haben das Projekt getragen, die Partei-AktivistInnen – die meisten von ihnen unter 35 – sind Angehörige einer als unpolitisch geltenden Generation, und auch die immense Popularität in der Bevölkerung lässt sich nicht recht erklären. In der spanischen Mehrheitsgesellschaft waren linke Positionen bis 2011 ausgesprochen marginal.

4. Trotzdem kommt natürlich auch Podemos nicht aus dem Nichts. Ihre Grundlage sind die neuen antiinstitutionellen Protestbewegungen, die ab 2011 Plätze und Straßen auf der iberischen Halbinsel immer wieder gefüllt haben. Dass Podemos mehr ist als eine flüchtige Protestpartei wie die „Piraten“ in Deutschland, hat v.a. mit der 15M-Bewegung und den Mareas zu tun. Die 15M-Bewegung (Platzbesetzungen mit der Forderung „echte Demokratie jetzt“), die von vielen Linken zunächst misstrauisch beäugt, mindestens aber für naiv und tendenziell antipolitisch befunden wurde, hat eine neue Generation von AktivistInnen bzw. neue Politikformen hervorgebracht und eine rasante Re-Politisierung – nach innen und außen – ermöglicht.

Das Entscheidende an der 15M-Bewegung war, dass sie kapitalismuskritische und demokratische Forderungen intuitiv miteinander verband. Ausgehend von der konkreten europäischen Erfahrung, dass sich die Wirtschafts-und Sozialpolitik von Sozialisten und Konservativen nicht mehr unterscheidet, hat die Bewegung systemische Grenzen der Demokratie im bürgerlichen Staat problematisiert:

i) Der demokratische Prozess endet dort, wo die Interessen des großen Kapitals, d.h. zuletzt v.a. der Banken beginnen. Vor Ausbruch der Krise lag die Schuldenquote Spaniens mit 40% unter dem deutschen Niveau. Erst als Madrid von der EU gezwungen wurde, spanische Privatbanken (und damit auch deutsche Anleger) zu retten, explodierte das Staatsdefizit. Die noch von der PSOE durchgesetzten Einsparungen im Gesundheits-und Sozialbereich zeigten, dass das Regierungspersonal im Ernstfall die Funktion hat, tiefer liegende Machtinteressen zu verwalten.

ii) Aber auch die politischen Parteien selbst scheinen der Demokratie zunehmend im Weg zu stehen. Mit der „politischen Klasse,“ die sich durch Berufspolitikertum und geschlossene Entscheidungskreisläufe auszeichnet, ist eine spezifische gesellschaftliche Gruppe mit eigenen Macht- und Bereicherungsstrategien entstanden. In Spa-

nien sind die politischen Apparate stark vom Immobilienboom der vergangen Jahrzehnte geprägt: Die Vergabe von Baugenehmigungen und -aufträgen sowie die staatliche Aufsicht der (im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft florierenden) öffentlichen Sparkassen garantierten der „politischen Klasse" lukrative (meist illegale) Einnahmequellen.

5. Die 15M-Bewegung hat sich, anders als die mediale Berichterstattung nahelegt, nach dem Abebben der Straßenproteste 2011 keineswegs aufgelöst, sondern ist in der Gesellschaft diffundiert. Auf diese Weise entstanden u.a. die so genannten Mareas, Protestbewegungen zur Verteidigung des öffentlichen Bildungs-und Gesundheitswesens, bei denen sich die ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes mit Elterninitiativen, PatientInnen- und Flüchtlingsgruppen zusammenschlossen, oder die Bewegung gegen Zwangsräumungen Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH), einem Bündnis von Basisgruppen, das direkte Aktion, Solidarität und fallorientierte Selbsthilfe auf bemerkenswerte Weise miteinander verbindet. Auch eine Wiederbelegung von Arbeiterorganisationen ist zu beobachten: In Andalusien beispielsweise organisierten AktivistInnen der Basisgewerkschaft SAT die gewaltfreimilitante Umverteilung von aus Supermärkten entwendeten Lebensmitteln. Und schließlich mobilisierten die Marchas de la Dignidad, landesweite Protestmärsche nach Madrid, im Frühjahr 2014 erneut eine Million Menschen.

Diese Bewegungen machten deutlich, dass es eine gesellschaftliche Mehrheit jenseits der politischen Apparate gibt. Es zeigte sich aber auch – und das löste wiederum in der antiinstitutionellen Linken Denkprozesse aus –, dass das neoliberale Regime Sozialproteste (ähnlich wie Rotgrün die HartzIV-Proteste Anfang der 2000er Jahre in Deutschland) problemlos aussitzen kann. Da Gewalt für Bewegungen anders als für die Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts heute nicht mehr in Frage zu kommen scheint, fehlt ein zentrales Druckmittel antagonistischer Politik. Ordentlich angemeldete und den kapitalistischen Geschäftsbetrieb nicht weiter behindernde „Bürgerproteste" tangieren das neoliberale Regime nicht. Eine andere Meinung zu haben ist nicht verboten, weil letztlich folgenlos.

Vor diesem Hintergrund stellte sich für die sozialen Bewegungen in Spanien die Frage, wie sich die Dauermobilisierungen in eine reale Macht von unten, also in poder popular, verwandeln lassen könnte. Die Podemos und die Guanyem-Initiativen zielen– und das unterscheidet die Phänomene von anderen Organisationen der europäischen Linken – dabei nicht einfach auf die Gründung einer neuer Partei ab, sondern auf die Neubestimmung des politischen Raums. Es geht also nicht einfach um neue politische parlamentarische Mehrheiten, sondern v.a. um eine Transformation des institutionellen Rahmens.

Die Gefahr eines Anpassungsprozesses an die Institutionen (also der Weg der deutschen Grünen, die am Ende weniger die Politik transformierten als sich selbst) wird bislang durch die Geschwindigkeit gebannt. Der antiinstitutionelle Widerstand dringt mit einer solchen Vehemenz in die Institutionen ein, dass diese die Dissidenz nicht einhegen und absorbieren können – zumindest ist das offenkundige Hoffnung des Projekts.

6. Dabei lässt sich Podemos durchaus vorwerfen, selbst Ergebnis einer „entfremdeten" Politik zu sein. Der Vergleich mit der Guanyem-Initiative in Barcelona macht deutlich, was damit gemeint ist: Letztere setzt – ganz in der Logik basisdemokratischer Bewegungen – auf lokale Veränderungsprozesse von unten. Guanyem Barcelona, die höchstwahrscheinlich mit der Ex-Hausbesetzerin Ada Colau zu den Bürgermeisterwahlen in Barcelona antreten wird, ist aus der Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) entstanden. Erklärtes Ziel von Guanyem ist, über Stadtteilversammlungen eine kommunalpolitische Basisbewegung in Gang zu setzen, die eine Plattform für eine alternative Stadtregierung erarbeitet. Man versucht also ausdrücklich nicht, linke Gruppen durch Verhandlungen zu einer Koalition zusammenzuschweißen, sondern durch das Entstehen einer Basisbewegung die existierende (fragmentierte) Linke zu unterlaufen. Methodisch wird hier bewusst ein Weg eingeschlagen, der alternativ zu den bestehenden Repräsentationsformen verläuft.

Podemos geht hier ganz anders vor und ist – obwohl es damit im offensichtlichen Widerspruch zu den radikaldemokratischen Postulaten des 15M steht – überaus erfolgreich: Die Gründungsgruppe von Podemos – Pablo Iglesias, Juan Carlos Monedero, Carolina Bescansa, Luis Alegre und Íñigo Errejón – besteht aus Madrider PolitikwissenschaftlerInnen, von denen die meisten längere Zeit in Venezuela bzw. Bolivien gearbeitet haben. Ihre zentrale Figur ist der 36jährige Pablo Iglesias, der sich über Radio- und Fernsehtalkshows, einen Namen als Kritiker des neoliberalen Regimes gemacht hat. Das Entstehen von Podemos entspricht also nicht unbedingt den basisdemokratischen Kriterien der 15M-Bewegung. Die Initiative wird von einer kleinen Gruppe getragen, die sich zwar der demokratischen Auseinandersetzung stellt, aber doch auch einen klaren Führungsanspruch formuliert. Und sie ist zweifelsohne ein Produkt der Massenmedien: Ohne das Fernsehen wäre Podemos heute vermutlich nur eine marginale Erscheinung. Der basisdemokratische Beteiligungsprozess, der sich mit Podemos entfaltet, wurde also eher vertikal in Gang gesetzt.

7. Die Gründungsgruppe von Podemos verfolgt eine Strategie, die sich offenkundig auf die lateinamerikanischen Erfahrungen stützt. Das zentrale Anliegen ist, die allgemeine gesellschaftliche Unzufriedenheit in eine alternative politische Hegemonie zu verwandeln und damit eine Mobilisierung in Gang zu setzen, die wiederum über eine klassische Reformpolitik hinausreichende Perspektiven eröffnet. In dem Zusammenhang muss man daran erinnern, dass der Politikwechsel in Venezuela, Ecuador und Bolivien weder das simple Resultat von Wahlsiegen noch das Ergebnis von Revolutionen war, sondern aus einer Verbindung von radikalem Bruch, Kontinuität und Transformation hervorging. Die antineoliberalen Revolten und Massenaufstände haben das neoliberale Regime in den betreffenden Ländern fast ein Jahrzehnt lang blockiert, die Regierungswechsel fanden jedoch innerhalb des bestehenden politischen Systems statt. Dass sich danach eine größere Transformationsperspektive eröffnete, war schließlich v.a. den Verfassunggebenden Prozessen zu verdanken, die den tiefer liegenden konstituierenden Prozessen (dem Entstehen einer alternativen popularen Macht) eine Form gab. Diese Verfassungsprozesse waren davon bestimmt, dass hier mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung über einen neuen contrat social diskutiert wurde. Ein ähnliches Projekt scheint auch Podemos zu verfolgen: Man formuliert, zumindest implizit, das Problem einer – die bestehenden Institutionen sprengenden – demokratischen Revolution.

Ganemos/Guanyem (in Katalonien):
Lokale Bürger_innen-Versammlungen, die aus den Krisenprotesten nach 2011 entstanden sind und Kandidat_innen für die Kommunalwahlen 2015 aufgestellt haben.

IU (Izquierda Unida):
Parteienbündnis, dessen stärkster Teil die PCE ist.

KP = PCE (Partido Comunista de España):
Kommunistische Partei Spaniens.

PP (Partido Popular):
Christlich-konservative und wirtschaftsliberale Partei. Nachfolgepartei der franquistischen Alianza Popular.

PSOE (Partido Socialista Obrero Español):
Sozialdemokratische Partei, neben der PP die zweite sogenannte Volkspartei.

8. Um diese Möglichkeit zu eröffnen, setzt der Podemos-Diskurs v.a. auf zwei Elemente:

i) Relative Unbestimmtheit: Auch wenn die Kritik des Neoliberalismus eindeutig ausfällt, bleiben die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen unbestimmt. Das gesamte Auftreten von Podemos scheint von einer solchen Ambivalenz geprägt. Obwohl der Gründungszirkel aus der Kommunistischen Jugend kommt, im Umfeld der Izquierda Unida bzw. der linkeren Izquierda Anticapitalista aktiv war oder sich positiv auf den Chavismus in Venezuela bezieht, versucht man Podemos außerhalb des Links-Rechts-Schema zu positionieren. Immer wieder wird betont, dass Podemos „das Neue" repräsentiere, das sich in Begriffen „des Alten" nicht beschreiben lasse. Dementsprechend werden die gesellschaftlichen Konflikte auch nicht als Klassenfragen verhandelt, sondern als eine Auseinandersetzung zwischen los de abajo, denen „von unten" (wozu dann auch explizit jene ominösen „Mittelschichten" gehören, die es in Spanien immer weniger gibt), und der „politische Kaste".

Alle Probleme, die die „Marke Podemos“, wie es die Partei-Gründer selbst im neoliberalen Marketing-Neusprech formulieren, beschädigen könnte, werden mit einer derartigen Ambiguität verhandelt. So greift Iglesias beispielsweise den auch in Spanien schwer belasteten Patriotismus-Begriff positiv auf, um ihn zu re-signifizieren: „Patriot sein heißt, das demokratische Selbstbestimmungsrecht auf alle Bereiche auszuweiten und die öffentlichen Dienste zu verteidigen“. Gleichzeitig verteidigt er aber auch das Recht von KatalanInnen und BaskInnen über ihre Zugehörigkeit zu Spanien selbst zu entscheiden.

ii) Momentum: Podemos geht offensichtlich von der (meiner Ansicht nach völlig richtigen) These aus, dass die Schwäche linker Politik nicht mit fehlender Analyse zusammenhängt, sondern mit dem Fehlen eines erfolgversprechenden Gegenprojekts, und setzt daher entschlossen auf eine zielgerichtete politische Mobilisierung. Die gesamte politische Energie wird darauf gebündelt, das Zweiparteiensystem, sprich „die Kaste“, bei den Wahlen 2015 zu stürzen. Dieses Vorhaben wird mit einer Überzeugung kommuniziert, die bisweilen bizarr anmutet: Mittlerweile strebt man, „weil es keine Alternative dazu gibt“, sogar die absolute Mehrheit an.

9. Vor diesem Hintergrund wird klar, warum es Unsinn ist, Podemos die beschrieben Ambiguität vorzuwerfen. Der Podemos-Diskurs wird ganz bewusst offen gehalten. Man knüpft offenkundig auch hier an den Erfahrungen der konstituierenden Prozesse Lateinamerikas an. Die lateinamerikanische Neo-Linke, v.a. der venezolanische Chavismus, entwickelte in den 1990er und 2000er Jahren – ohne dies theoretisch reflektiert zu haben – hegemoniefähige Diskursfiguren, die Laclau später als „leerer Signifikant“ bezeichnet hat. Laclau behauptet, dass hegemoniale Politik notwendigerweise eine relative Unschärfe impliziert, weil gesellschaftliche Verhältnisse heterogen sind und Mehrheitsprojekte dementsprechend diese Heterogenität durch Uneindeutigkeit reflektieren müssen. Zudem öffnet die relative Unbestimmtheit eines Projekts den „Vielen“ partizipative und demokratische Gestaltungsspielräume. Eine gesellschaftliche Transformation ist schließlich nur dann wirklich offen, wenn das Ergebnis nicht von vornherein vorherbestimmt ist.

Diese Überlegungen scheint sich auch Podemos zueigen gemacht zu haben. Das Hauptanliegen des Projekts ist, den von den realen Entscheidungsprozessen exkludierten gesellschaftlichen Mehrheiten einen politischen Raum zu eröffnen. Wie der Chavismus, der zunächst die korrupte „IV. Republik“ danach die „escuálidos“, also die US-orientierten Eliten attackierte, als Gegner etablierte, hat aber auch Podemos einen klar umrissenen, rhetorisch handhabbaren Gegner auserkoren, der das heterogene populare Lager durch einen Ausschluss vereint: „die Kaste“.

10. Die Gefahren dieses radikalen politischen Experiments liegen auf der Hand. Dass sich die Unbestimmtheit des Projekts bislang nicht in Grabenkämpfen äußert, liegt auch daran, dass sich alle Anstrengungen auf den Sturz des Zweiparteiensystems konzentrieren. Sobald man dieses Ziel erreicht hat oder auf dem Weg dahin Rückschläge erleidet, kann die Offenheit jederzeit in eine Krise münden. Immerhin ist die Basis von Podemos noch heterogener als die der deutschen Piraten: Der Europaabgeordnete Pablo Echenique, der beim Gründungskongress von Podemos eine alternative, kollektivere Organisationsstruktur vorgeschlagen hat, bekannte in einem – in seiner Selbstkritik durchaus sympathischen – Text unlängst, er sei noch vor wenigen Jahren ein Anhänger der neoliberalen Partei Ciutadans gewesen und habe den Irak-Krieg befürwortet. Andere waren unpolitisch, Netzaktivisten oder in der kommunistischen Jugend aktiv.

Durchaus real ist auch die Gefahr, dass sich die Gründungsgruppe als elitärer Führungszirkel absetzt. Das neue Organisationsstatut, das auf der Asamblea de Ciudadanos im Oktober diskutiert und danach in einem Basisentscheid beschlossen wurde, schneidet die Parteistruktur stark auf die Führungsfigur Pablo Iglesias zu. Der alternative, von den Europaabgeordneten Pablo Echenique und Teresa Rodríguez eingebrachte Entwurf Sumando Podemos hatte eine kollekti-

ve Dreierführung vorgeschlagen. Dass sich eine überwältigende Mehrheit für das Konzept von Iglesias entschied, ist sehr plausibel: Gerade weil Podemos so heterogen ist, benötigt die Organisation eine starke symbolische Identität. Zudem hat sich Pablo Iglesias in den letzten Jahren kohärent und ethisch integer verhalten – und bietet sich daher als Integrationsfigur an.

Andererseits wird damit aber auch eine personalistische Führungsstruktur festgeschrieben, die – wie man im letzten Jahrzehnt in Venezuela, Bolivien und Ecuador beobachten konnte – zwar gesellschaftliche Mobilisierungen fördern kann, aber einem längerfristigen Demokratisierungsprozess im Kern denn eben doch widerspricht. Ausgeprägte Führungsfiguren fördern eine Kultur von Opportunismus und Claqueuren.

11. Die zentrale Frage ist allerdings eine andere. Sie lautet, ob Podemos überhaupt ein Transformationsprojekt besitzt, das über die Ablösung der PP-Regierung hinausreicht. Meine These ist: Ja. Denn, was zu tun wäre, liegt nach den Mobilisierungen seit 2011 und den fortgesetzten Konflikten mit den anderen Nationen im spanischen Staat eigentlich auf der Hand:

i) Die notorische Korruption muss bekämpft werden, indem man beispielsweise Mechanismen der gesellschaftlichen Kontrolle von öffentlichen Projekten und Verwaltung etabliert, Gehaltsobergrenzen für Funktionsträger einführt und radikaldemokratische Beteiligungsformen gesetzlich verankert.

ii) Die Privatisierung der öffentlichen Grundversorgung und die Politik der Zwangsräumungen müssen gestoppt werden. Keine ökonomische Logik kann begründen, warum private Spekulationsverluste sozialisiert und von der Bevölkerung getragen werden sollten.

iii) Die Repressionspolitik gegen soziale und Unabhänbigkeitsbewegungen muss beendet und die antidemokratische Ausnahmegesetzgebung abgeschafft werden.

iv) V.a. aber braucht Spanien einen konstituierenden Prozess, ähnlich wie es in Lateinamerika gegeben hat. Die Verfassung von 1978 ist (einschließlich der damals etablierten Monarchie) das Ergebnis eines Elitenpaktes von frankistischen, regionalistischen, sozialdemokratischen und eurokommunistischen Parteiführungen und damit Ausdruck eines grundlegenden demokratischen Defizits. Dieser Verfassungspakt ermöglichte zwar eine Öffnung Spaniens nach 40 Jahren Diktatur, aber verhinderte einen echten Bruch mit der Macht frankistischer Eliten in Staat und Wirtschaft. Ein konstituierender Prozess – d.h. nicht einfach nur eine Versammlung von Verfassungsjuristen und Politikern , sondern eine grundlegende gesellschaftliche Debatte als Herausbildungsform einer neuen populären Hegemonie – könnte den unabgeschlossenen Demokratisierungsprozess endlich zu Ende bringen. Dem sowohl von sozialen als auch von Unabhängigkeitsbewegungen verteidigten derecho a decidir (Recht zu entscheiden) könnte als Instrument zur Re-Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche dabei eine Schlüsselrolle zukommen.

12. Schließlich stellt sich die Frage, warum die Vereinigte Linke (IU) diese Veränderungswünsche nicht artikulieren konnte, obwohl man doch viele Forderungen von Podemos teilt, manche sogar klarer ausformuliert hat. Die Antwort scheint mir auf der Hand zu liegen: Die IU konnte das Aufbegehren gegen das politische System nicht artikulieren, weil sie selbst tragender Bestandteil dieses Systems war – und zwar in mehrerer Hinsicht: Die KP – als wichtigste Partei der IU –trug den Verfassungspakt 1978 aktiv mit und beteiligte sich, vermittelt über die Gewerkschaft Comisiones Obreras, auch an der von der PSOE etablierten Sozialpartnerschaft mit all ihren korporatistischen Praktiken. Die Izquierda Unida, als breiteres Wahlbündnis, hat immer wieder Koalitionsregierungen mit der PSOE gebildet und dabei auch die üblichen Korruptionspraktiken reproduziert. Man war – wie im Fall der Sparkasse Caja Madrid – beispielsweise an der Ausplünderung öffentlicher Finanzeinrichtungen beteiligt.

Doch auch unabhängig von einzelnen Korruptionsfällen stehen die Organisationsstrukturen der IU objektiv im Widerspruch zu den radikaldemokratischen Bestrebungen aus der Gesellschaft. Die politische Praxis von KP

und IU war immer von jener klassischen Repräsentationslogik geprägt, bei der die Stärkung der eigenen Organisation und ihre Wahlerfolge Priorität gegenüber dem sozialen (Selbstermächtigungs-) Prozess erlangt. Das Mittel der Veränderung – die politische Organisation – ist Selbstzweck geworden, Izquierda Unida wie fast alle Parteien der Europäischen Linken ein autoreferentieller Wahlverein. Bei Podemos ist das – bisher – nicht der Fall: Die Organisation ist im Augenblick das Instrument eines gesellschaftlichen Prozesses, der zu rasant verläuft, als dass die Partei das Verhältnis zwischen demokratischer Revolte und institutioneller Form umdrehen könnte.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass alles was von und in Izquierda Unida in den letzten 30 Jahren gemacht wurde, falsch war. Mit vielen Problemen, die IU heute prägen, wird Podemos wahrscheinlich schon bald konfrontiert sein. Beispielsweise mit der Frage, wie sich eine Balance der entstehenden politischen Strömungen finden lässt, ohne dass die organisationsinternen Erwägungen politikbestimmend werden. Aber möglicherweise ist das auch die zentrale Erkenntnis des politischen Prozesses in Spanien heute: Die Intervention der organisierten Linken war zwar keineswegs bedeutungslos – ohne die Erfahrungen der AktivistInnen wäre die 15M-Bewegung schneller zerfallen, die PAH nie entstanden, und Podemos vielleicht eine netzpolitisch-liberal-diffuse Partei wie die deutschen Piraten. Doch ein gesellschaftlicher Prozess fegt eben auch die Organisationsformen der Linken beiseite. Im bürokratischen Korsett der IU konnte sich der revolutionär-demokratische Aufbruch, der von einem Teil der spanischen Gesellschaft ersehnt wird, nicht artikulieren. Wie lange Podemos der geeignete Raum dafür ist, wird sich zeigen müssen. Doch fest steht auch: Podemos ist heute einer dieser Orte der demokratischen Revolution in Spanien und vermutlich auch der wichtigste.

von Raul Zelik

Afrique-Europe-Interact

Erklärung zur Ebola-Epidemie

Vorbemerkung: Auf der Grundlage einer gemeinsamen Debatte innerhalb der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact haben der Filmemachter Richard Djimelie F. und der Schriftsteller Rodrigue Péguy Takou Ndie die folgende Deklaration verfasst. Beide kommen aus dem Kamerun und leben als Asylbewerber in Brandenburg.

Als der belgische Arzt Peter Piot vom Institut für Tropenmedizin Antwerpen im September 1976 das Ebola-Virus entdeckte, war man weit davon entfernt, an die Entstehung eines Übels zu denken, das 38 Jahre später die ganze Welt in Schrecken versetzt. Worum es uns heute geht, und dies ist Gegenstand dieser Erklärung, ist die Betrachtung des Umgangs mit dieser Epidemie aus einer rein sozio-politischen Perspektive.

Die Ebola-Epidemie wütet seit Monaten mit tödlichen Folgen in Westafrika. Die Zahl der Toten geht mittlerweile in die Tausenden, Mitte Oktober hat die Opferzahl die 4.000er-Marke durchbrochen. Hätte man diese Todesfälle nicht vermeiden oder zumindest begrenzen können? Wie hat sich die UN-Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit der Entdeckung dieses Virus bis zur totalen Katastrophe verhalten? Es ist erstaunlich zu sehen, wie erst heute, nachdem es so weit gekommen ist, die WHO die Frage einer möglichen Impfung neu stellt – und das, obwohl es immer wieder der Beschwerden seitens der betroffenen Länder gab, also der Personen, die dem Risko tatsächlich ausgesetzt sind. Es verblüfft zu sehen, daß der Präsident der USA ebenso wie die Länder Europas die Bedrohung erst dann ernst nahmen, als das Virus ihre Grenzen überschritten hatte. Erst dann wurde die westliche bzw. internationale Aufmerksameit geweckt – inklusive echter Bemühungen, die Krise zu bewältigen.

Derweil sind die getroffenen Maßnahmen drastisch. Wir werden ZeugInnen einer neuen Form des Embargos, von Quarantänemaßnahmen und von Verschärfung der Grenzkontrollen: Afrikanische Reisende, vor allem Menschen aus den betroffenen Ländern, werden aus dem simplen Grund zurückgeschoben, daß sich unter einer schwarzen Haut zwangsläufig Millionen von Ebolaviren verbergen. Wenn man sie nicht zurückschiebt, werden sie begutachtet, untersucht, auf den Kopf gestellt, Praktiken, die obendrein an Demütigung grenzen, da sie mit Frustration und Rassismus einhergehen.

An den inneren Grenzen des Westens wird ein x-beliebiger Schwarzer Mensch, dem es schlecht geht, sofort verdächtigt. Und eine Person, die sich in einem westafrikanischen Land aufgehalten hat, wird bei ihrer Rückkehr einfach in Quarantäne genommen, selbst wenn sie keinerlei Symptome des Ebola-Fiebers aufweist. Somit wachsen die Hindernisse an den Staatsgrenzen in die Höhe, und wenn nichts unternommen wird, werden wir vielleicht noch zu ZeugInnen der Einführung von Rassengrenzen. Im Namen des Schutzes gegen das Ebola-Virus sehen sich viele AfrikanerInnen ihres Rechts auf geographische Mobilität beraubt.

Das Ebola-Virus hat ganze Familien zerstört, ebenso hat es Volkswirtschaften sowie die ohnehin prekären Haushalte von Individuen und Familien zu Grunde gerichtet. Darüber hinaus hat es Waisen und Erwerbslose zurückgelassen. Die Betroffenen, die nur über geringfügige Einkünfte verfügen, sind gezwungen, ihre Beschäftigung aufzugeben und sich finanziell zu ruinieren, um sich behandeln lassen zu können, was auch die ökonomische Basis ihrer selbständigen Tätigkeit vernichtet. Außerdem hat die Angst vor dem Virus die Bevölkerungen gezwungen, sich zu Hause einzuschließen, die Geschäfte zu schließen und die Kontakte zu reduzieren, die sie mit anderen Bevölkerungsgruppen pflegen, die zu ihren LieferantInnen und KundInnen zählen. In den Dörfern der betroffenen Länder trifft dies oft gerade diejenigen, die diese Gebiete mit Handwerksprodukten und mit Hygieneartikeln wie Toilettenseife beliefern

oder mit Medikamenten für Erste Hilfe. Werden diese Ausgestoßenen, deren Existenzgrundlage durch die Auswirkungen der Epidemie zerstört wurde, auf eigenes Risiko der Liebe zu ihrem Land treu bleiben? Oder werden sie vielmehr das Risiko des so genannten Abenteuers auf sich nehmen, um in den westlichen Ländern Zuflucht zu suchen, wo Lepra, AIDS, Malaria und Cholera die Menschen nicht mehr daran hindern zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen?

Haben die europäischen Zuwanderungsgesetze und die Genfer Konvention MigrantInnen vorgesehen, die sich aufgrund solcher Verhältnissen auf den Weg machen? Denn auch hier werden bald Personen mit einer solchen Geschichte ankommen. Zurückgewiesen von den Botschaften wird ihnen das Meer den Weg über Melilla, Ceuta oder Lampedusa bahnen und sie werden in Europa eintreffen. Das wird die indirekte und langfristige Konsequenz des Umgangs mit dem Ebola-Virus sein. Werden sie einen Aufenthalt haben oder wird man sie umgehend in Abschiebegefängnise befördern?

Wurde diese Situation, die sich seit Jahrzehnten wiederholt, ausreichend ernst genommen, um den politischen Umgang mit dem öffentlichen Gesundheitssystem in Afrika in Frage zu stellen? Sicherlich nicht. Was ist der Sinn der Souveränität eines Oberhauptes, wenn es nicht in der Lage ist, seinem Volk Medikamente zu geben? Diejenigen, die Afrika regieren, sind geschützt vor den Krankheiten und ihren sozialen Rückwirkungen, sie reisen schnell nach Europa, um eine simple Grippe zu behandeln oder einen kleinen Schnupfen. Afrika erscheint klar zweigeteilt : auf der einen Seite das Afrika unter dem Zeichen von AIDS-Ebola-Malaria-Cholera und auf der anderen das diabetische Afrika.

Es wäre leicht, die Politik der westlichen Mächte zu verurteilen, die sich durch ihre Komplizenschaft Vozüge angeln, aber ist es plausibel, davon auszugehen, daß die afrikanischen Staatschefs, 55 Jahre nach dem, was sie gerne „Unabhängigkeit“ nennen, nicht verstanden haben sollen, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne eine wirkliche Gesundheitspolitik in Gang gesetzt werden kann? Wie soll man diese Krankheit bekämpfen, wenn es keine Krankenhäuser gibt oder diese nur ein Luxus für bestimmte Bevölkerungsgruppen sind? Ist es möglich, einen Impfstoff entdecken, wenn es keine Labors gibt? Wie soll man zu einer ersehnten Lösung kommen, wenn die WissenschaftlerInnen selbst unter verschiedenen Missständen leiden? Wenn die Forschung paradoxerweise keine Priorität in der Entwicklungspolitik hat, dann stirbt sie bereits in der Planung, erstickt durch die Korruption, den Mangel oder die Unterschlagung von Geldern, sobald sie aus dem Ausland kommen. Der öffentliche Sektor in Sierra Leone wurde beispielsweise durch eine Reihe von Skandalen zerfressen. 2013 wurden 7 praktizierende ÄrztInnen und 22 andere MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes wegen der Unterschlagung bereitgestellter Entwicklungsgelder für schuldig befunden. Sie hatten Mittel aus dem Fonds der GAVI (‚Global Alliance for Vaccines and Immunisation) mißbräuchlich verwendet.

Man muß deutlich betonen, daß die Bevölkerungen der betroffenen Gebiete schlicht und einfach das Vertrauen in ihre Führungen verloren haben, auf die Versprechungen wird nicht mehr gehört. Die Krankenstationen, die seit der Unabhängigkeit ein klägliches Dasein fristen, sind somit der Ort, an dem man besonders der Gefahr ausgesetzt ist, sich eine schwere Krankheit einzufangen. Ebola stellt eine schreckliche Bedrohung dar – für die guten Nachbarschaftsbeziehungen ebenso wie für

die Wirtschaft des Landes. In den betroffenen Dörfern leben die Menschen in Angst und Misstrauen. Kriminelle Geister nutzen die Situation, um nach oben zu kommen. Dies ist der Fall in Guinea, dort wurden 6 Verdächtigte verhaftet, die 8 Menschen ermordet hatten, darunter 3 JournalistInnen, die eine Aufklärungskampagne zu Ebola durchführten. Ebola ist ein globales Thema, ein Virus mit ausreichend Gewaltpotential, der jederzeit das Ende der Menschheit und der Welt, wie wir sie kennen, heraufbeschwören kann. Das Virus wird nicht verschwinden, indem man ganz Afrika in Quarantäne steckt. Man weiß bereits, daß dieses Virus sehr hartnäckig ist, deswegen ist es wichtig, die Forschung nach einem Impfstoff voranzutreiben. Also muss das Finanzierungsversprechen der EU

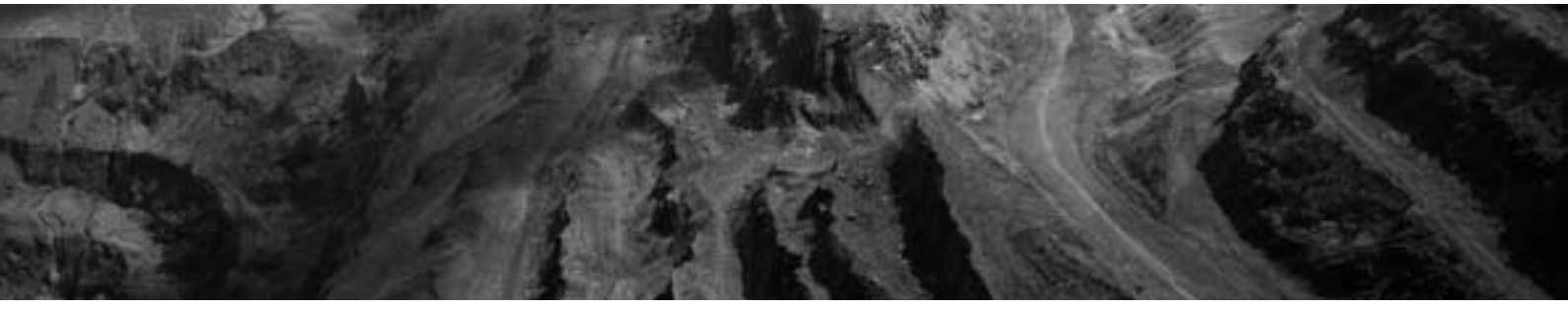
beschleunigt werden, um den betroffenen Bevölkerungen zu Hilfe zu kommen, und um Forschungen sowie den Bau von Gesundheitsinfrastruktur zu finanzieren. Dennoch fällt in einem Afrika, das unendlich reich an Bodenschätzen ist, eigentlich der Regierung die Aufgabe zu, die Gesundheit ihrer Bevölkerung zu schützen, indem sie in öffentliche Gesundheitsversorgung und in Forschung investiert, um auf die Herausforderung reagieren zu können, die sich durch die verschiedenen tropischen Krankheiten stellen. Ebenso wichtig ist es, die Abriegelung der Gebiete, die dem Risiko ausgesetzt sind, zu beenden, um die Versorgung mit Medikamenten und humanitären Hilfen zu ermöglichen. Ansonsten zeigt sich klar und deutlich, dass das Leben der armen BewohnerInnen und der afrikanischen GesundheitsarbeiterInnen weniger zählt als das der BewohnerInnen der reichen Länder.

Unglücklicherweise geht es für die Pharmaindustrie um große Umsäze. Verkommene KapitalistInnen machen sich diese Realität durch ihre multinationalen Konzerne zu Nutze. Gestützt von den imperialistischen Mächten, können diese auf die Komplizenschaft ihrer ferngesteuerten Repräsentanten zählen, die auf den Gipfeltreffen afrikanischer Staaten in der Funktion von Staatschefs den Ton angeben, um so die eigenen Geschäfte voranzubringen. Die Gegenleistung ist stets, dem armen Souverän dabei zu helfen, so lange auf seinem Thron sitzen zu bleiben, wie das Königreich der tropischen Krankheiten existiert. In diesem Sinne sind die gesellschaftlichen Gesundheitskrisen wie AIDS, Malaria, Cholera oder das Ebolafieber, mit denen wir es aktuell in Afrika zu tun haben, die Folge der Verantwortungslosigkeit, die diesen Kontinent regiert. Diese Verantwortungslosigkeit, die das Land an ausländische Akteure verkauft hat, in Form eines Wirtschaftsprogramms, das auf die Ausbeutung von Agrarprodukten und Bodenschätzen ausgerichtet ist. Eben diese Verantwortungslosigkeit hat zu der verhängnisvollen Kooperation mit dem IWF und der Weltbank geführt. Sowie dazu, neoliberale Programme zu unterschreiben, die man unter der Bezeichnung „Strukturanpassungsmaßnahmen“ kennt. Diese Länder haben, ohne zu zögern, ihre Wirtschaft auf den Handel ausgerichtet, in Erwartung eines „garantierten“ Wirtschaftswachstums, wie es der IWF versprochen hatte. Sie gerieten in die Falle der Industriestaaten, denen es darum ging, Afrika zur Reichtumsquelle für die Weltwirtschaft zu machen, das heißt zu einem Ort, aus dem man die Reichtümer herauspumpt, ohne dass die Bevölkerung davon profitiert. In Folge dessen haben die afrikanischen Länder ihre Staatsausgaben beschränkt, insbesondere durch Kürzung der öffentlichen Investitionen in den Bereichen der Bildung und der Gesundheit. Die Privatisierung der afrikanischen Unternehmen hat den Weg frei gemacht für eine neue Form der Einverleibung Afrikas durch multinationale AkteurInnen aus dem Ausland. Währenddessen leben die ortsansässigen

Menschen, die eigentlich als erste von der Nutzung ihres Bodens profitieren sollten, bis heute in extremer Armut und in gesundheitlich prekären Bedingungen.

Zur Erinnerung : Liberia ist der 16. größte Produzent von Diamanten weltweit und einer der weltweit größten Produzenten von Latex und Kautschuk, während es den MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens an Hygieneartikeln fehlt. Darüber hinaus leiden Liberia und Guinea, ähnlich wie Mali und Togo, unter dem Landraub durch internationale InvestorInnen, die unter dem Deckmantel staatlicher oder privater Trägerschaften agieren. 2010 hat ein britischer Agrarinvestor von der „Guineagesellschaft“ ausgedehnte Ländereien für die Entwicklung von Mais- und Sojaanbau gekauft. Man beachte, dass das italienische Energieunternehmen ‚Nuove Iniziative Industriali‘ mehr als 700.000 Hektar für den Anbau von Biotreibstoffen gekauft hat, während das Volk vor Hunger stribt. Ebenso führe man sich vor Augen, dass „Firestone Rubber“ in Liberia bereits vor 99 Jahren 1 Million Morgen Land zum Preis von 6 Cent für einen Morgen Land erworben hat. Darüber hinaus besitzt die Bolloré-Gruppe die größte Gummibaumplantage des Landes – vermittelt über ein Tochterunternehmen, die Liberia Agricultural Company (LAC). Im Mai 2006 veröffentlichte die UN-Mission in Liberia (Minul) einen Bericht über die katastrophaler Menschenrechtslage auf der Plantage : Kinderarbeit durch unter 14jährige Kinder, Verwendung krebserregender Substanzen, Verbot von Gewerkschaften, willkürliche Entlassungen, Einsatz privater Millizen als Ordnungskräfte, Ausbeutung von 75 Dörfern... In Sierra Leone hat Bolloré 6500 Hektar Ackerland für die Produktion von Palmöl und Kautschuk gepachtet. Manche Quellen sprechen von einem Pachtvertrag über 50 Jahre von 20.000 Hektar Ölpalmen und 10.000 Hektar Gummibäumen. Die BewohnerInnen der kleinen Dörfer dieser Länder, die von Ebola heimgesucht werden, sind gezwungen, da sie von ihrem Land verjagt wurden, ins innere des Waldes vorzudringen, um Nahrungsmittel zu finden. Unglücklicherweise birgt der Wald aber Gefahren, die für das bloße Auge unsichtbar sind.

Es liegt am afrikanischen Volk und seiner Diaspora, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, indem sie wirkliche Veränderungen einfordern, und keine ferngesteuerten Revolutionen. So lange die NeokolonialistInnen weiterhin verrückte Gestalten, die sich einer Veränderung entgegenstellen, als Staatschefs einsetzen, wird Afrika vor dem Westen die Hand aufhalten. Je mehr es das tut, desto mehr wird es an das Gängelband der Not gekettet sein. Ist Ebola nicht genauso alt, wie so manche afrikanische Diktatoren an der Macht sind?



NICHT LÄNGER WARTEN

USA: DER KRIEG GEGEN DIE SCHWARZE UNTERKLASSE

VON ROBIN D.G. KELLEY

Warte. Geduld. Bleib ruhig. »Dies ist ein Land, das es jeder und jedem erlaubt, ihre beziehungsweise seine Meinung auszudrücken«, sagte der erste Schwarze Präsident. (1) »Ein Land, das allen erlaubt, sich friedlich zu versammeln und gegen Handlungen zu protestieren, die sie für ungerecht halten.« Sprecht, aber stört nicht. Der Gerechtigkeit wird Genüge getan werden. Wir respektieren die Herrschaft des Gesetzes. Dies ist Amerika.

Wir haben alle auf die Entscheidung der Geschworenen gewartet, die meisten von uns nicht, weil sie eine Anklage erwartet hatten. Bezirksstaatsanwalt Robert P. McCullochs gewundenen Worte, die erklärten, wie die Geschworenen zu ihrer Entscheidung gekommen waren, glichen einer Siegesrede. Dass die Geschworenen nicht einmal für den geringfügigeren Anklagepunkt der fahrlässigen Tötung einen hinreichenden Verdacht fanden, ist eine erstaunliche Leistung angesichts der Erschießung eines unbewaffneten Teenagers, der seine Hände erhoben hatte und etliche Meter vom Polizisten entfernt stand.

4.799 Seiten Juryverhandlungen in 20 Minuten zusammenfassend gelang es dem Bezirksstaatsanwalt, die Integrität von Augenzeug_innen infrage zu stellen, die 24-Stunden-Berichterstattung und die sozialen Medien zu geißeln sowie angebliche Gewalt in der Nachbarschaft dafür verantwortlich zu machen, dass Mike Browns Leiche auf dem Geh-

weg erst am Morgen abgeholt wurde. McCulloch hat niemals in seinem Leben einen Polizisten angeklagt, warum sollten wir jetzt etwas anderes erwarten?

Einige haben vielleicht auf ein Wunder gehofft. Die weiße Bevölkerung in St. Louis und den anliegenden Gemeinden und im Bundesstaat Missouri nutzte die Wartezeit, um sich auf Krieg vorzubereiten. Anwohner_innen kauften zusätzliche Waffen und Munition, verbarrikadierten ihre Geschäfte, installierten Alarmanlagen und legten Wasser- und Essensvorräte an. Gouverneur Jay Nixon erklärte den Ausnahmezustand, beorderte die Nationalgarde herbei und ließ die staatliche Miliz für den Straßenkampf trainieren.

Tamir Rice, Tanisha Anderson, Aura Rain Rosser...

In der Zwischenzeit, während wir auf die Entscheidung der Geschworenen warteten, wurde ein zwölfjähriger Schwarzer Junge namens Tamir Rice von der Polizei in Cleveland erschossen, weil der Polizist Tamirs Spielzeugpistole für eine echte hielt. Während wir warteten, nahmen Polizist_innen aus Cleveland der 37-jährigen Schwarzen Frau Tanisha Anderson, die an einer bipolaren Störung litt, das Leben. Die Polizei traf an ihrem Haus ein, nachdem Familienmitglieder den Notruf gewählt hatten, um ihr durch eine schwere Krise zu helfen. Aber anstatt sie mit Empathie zu behandeln, taten sie das, wofür sie ausgebildet sind, wenn sie mit Schwarzen Körpern in Schwarzen Nachbarschaften konfrontiert werden: Sie behandelten sie wie eine feindliche Kämpferin. Als sie sich aufregte, rang ein Polizist sie zu Boden und fesselte sie mit Handschellen, während ein zweiter ihr »Gesicht auf den Boden drückte und ihr sein Knie für sechs bis sieben Minuten in den Rücken presste, bis ihr Körper erschlaffte«, wie es in einem Eintrag der Facebookgruppe »Justice for Tanisha Anderson« heißt. Schließlich hörte sie auf zu atmen. Die Polizei leitete keine lebensrettenden Maßnahmen ein, der Familie und Zeug_innen sagten die Polizist_innen, sie würde schlafen. Als der Krankenwagen 20 Minuten später eintraf, war Tanisha Anderson tot.

Während wir warteten, tötete die Polizei in Ann Arbor, Michigan, eine 49-jährige Schwarze Frau namens Aura Rain Rosser. Sie schwang ein Küchenmesser, als die Polizei, die wegen häuslicher Gewalt gerufen worden war, auftauchte. Obwohl ihr Freund, der die Polizei gerufen hatte, beteuerte, dass von ihr keine Gefahr für die Polizist_innen ausginge, eröffneten sie das Feuer.

Während wir warteten, gab ein Chicagoer Polizist einen tödlichen Schuss auf den 19-jährigen Roshad Mclntosh ab. Mehrere Augenzeug_innen berichteten, dass Mclntosh unbewaffnet war und den Polizisten auf Knien anflehte, nicht das Feuer zu eröffnen.

... Roshad Mclntosh» Darrien Hont» Dante Parker...

Während wir warteten, pumpten Polizist_innen in Saratoga Springs, Utah, sechs Kugeln in Darrien Hunt, einen 22-jährigen Schwarzen Mann, der sich wie ein Ninja gekleidet hatte und ein falsches Samuraischwert trug. Und die Polizei in Victorville, Kalifornien, tötete Dante Parker, einen 36-jährigen Schwarzen Mann und Vater von fünf Kindern. Er war auf seinem Fahrrad unterwegs; die Polizist_innen hielten Parker an, weil sie ihn des Einbruchs verdächtigten. Als er »unkooperativ« wurde, setzten sie wiederholt Taser ein. Er erlag seinen Verletzungen.

Während wir warteten, traf den 28-jährigen Schwarzen Mann Akai Gurley ein ähnliches Schicksal, als er die Treppe einer Sozialbausiedlung in East New York, Brooklyn, herunterging. Die Polizei war auf einer routinemäßigen Streife durch den Sozialbau. Der Polizist Peter Liang ging durch das dunkle Treppenhaus, die Pistole in der einen Hand, die Taschenlampe in der anderen, bereit, jede Bedrohung auszuschalten. Nach Aussage von Bürgermeister Bill DeBlasio und Polizeichef Bill Bratton war Herr Gurley ein Kollateralschaden. Entschuldigung hier, Entschuldigung da. Er hinterlässt eine zweijährige Tochter.

Während wir warteten, stoppten Polizist_innen in Los Angeles den 25-jährigen geistig behinderten Schwarzen Ezell Ford in seiner Nachbarschaft und erschossen ihn.

Und während wir warteten und warteten und warteten, heiratete Darren Wilson, erhielt weiterhin seinen Lohn, auch als er vom Dienst befreit war, außerdem mehr als 400.000 US-Dollar Spenden für seine »Verteidigung«.

... Akai Gurley, Ezell Ford

Die Entscheidung der Geschworenenjury überrascht die meisten Schwarzen Menschen nicht, denn wir warten nicht auf eine Anklage. Wir warten auf Gerechtigkeit oder - genauer gesagt - wir kämpfen für Gerechtigkeit, Gouverneur Jay Nixon, Präsident Obama, Justizminister Eric Holder, die bürgerliche Presse und alle vom Staat eingesetzten Schwarzenführer_innen ermahnen die Schwarze Bevölkerung, ruhig und friedlich zu bleiben, obwohl die

Gewalt hauptsächlich von der Polizei ausgeht. Die Polizei erklärt, sie besetze die Straßen, um die Bevölkerung im Kampf gegen außer Kontrolle geratene (Schwarze) Kriminelle zu schützen. Deshalb behauptet sie stets, das Opfer als Angreifer zu beschreiben: Trayvon Martin benutzte den Bürgersteig als Waffe, Mike Brown seinen großen Körper. Ein Schritt nach vorn oder ein stechender Blick können eine unmittelbare Bedrohung darstellen.

Als die Vororte von Ferguson nach Mike Browns Tötung am 9. August explodierten, waren die Medien und die Führungsriege der Mitte besorgter darüber, den »Frieden« zu wahren und den Plünderungen Einhalt zu gebieten, als darüber, dass Darren Wilson frei und im bezahlten Urlaub war. Oder darüber, dass Mike Browns von Kugeln durchlöcherter, lebloser, blutender, kalter Körper viereinhalb Stunden auf der Straße lag, während die Totenstarre langsam einsetze - ein Kriegsverbrechen in Verletzung der vierten Genfer Konvention. Letztlich war es ein Akt der kollektiven Bestrafung. Die öffentliche Zurschaustellung des gefolterten Körpers sollte die ganze Community terrorisieren und gefügig machen und daran erinnern, was sie erwartet, wenn sie aus der Reihe tanzen. Früher nannte man das »Lynching«.

Vergangene und aktuelle Fälle von Polizeigewalt gaben Brown und Johnson gute Gründe, Wilson zu fürchten. Die

Staatsanwaltschaft machte aus etwas, das wie ein begründeter Fall von Selbstverteidigung eines erschreckten und wütenden 18-jährigen Kindes aussah, einen »Mordversuch an einem Polizeibeamten«. Dass Wilson um sein Leben fürchtete, war alles, was er zur Rechtfertigung tödlicher Gewalt brauchte.

Ob wir es nun »Krieg gegen Drogen« nennen oder - wie die Malcolm X Grassroots Movement (MXGM) - »Operation Ghetto Storm«, wir haben es mit nichts weniger als mit einem permanenten Krieg des Staates und seiner privatisierten Verbündeten gegen eine mehrheitlich arme und marginalisierte Schwarze und Braune Arbeiterklasse zu tun. Seit fünf Jahrhunderten entfaltet sich dieser Krieg, er reicht von Sklaverei und Imperialismus zu massiver systematischer Kriminalisierung. Krise, moralische Empörung, neoliberale Politik und Rassismus nähren ein bevölkerungspolitisches System, das auf Inhaftierung, Überwachung, Eindämmung, Befriedung, tödlicher Besatzung und plumper Tatsachenverdrehung basiert.

Krieg? Ja, Krieg

Die Schwarze Community von Ferguson und den angrenzenden Gemeinden erlebt diesen Krieg jeden Tag: in Form von Routinepolizeikontrollen, Geldstrafen für Ruhestörung (z. B. bei lauter Musik), für Fahren ohne Fahrschein in der Stadtbahn, für nicht gemähten Rasen oder ungepflegte Immobilien, für unbefugtes Betreten von Grund und Boden, das Tragen von »saggy pants« (Hose »auf Halbarsch«), abgelaufene Führerscheine, das »Stiften von Unruhe« und vieles andere mehr. Wenn diese Strafen nicht bezahlt werden, können Gefängnisstrafen folgen, der Verlust des eigenen Autos oder anderer Sachwerte oder die »Inobhutnahme« der Kinder durch die Ämter.

Das Justizsystem ist dazu da, Strafen und Tribute einzutreiben, eine Art rassistische Steuer für arme Schwarze Bürger_innen und Angehörige der Schwarzen Arbeiterklasse. Im Jahr 2013 erließ das Amtsgericht Ferguson beinahe 33.000 Strafbefehle - bei einer Bevölkerung von knapp über 21.000. Auf diese Weise erwirtschaftete die Kommune etwa 2,6 Millionen US-Dollar an Einnahmen. 92 Prozent der Fahndungsanfragen in jenem Jahr und 86 Prozent der Verkehrskontrollen in Ferguson betrafen Schwarze Bürger_innen. Dies trotz der Tatsache, dass bei einem Drittel der kontrollierten Weißen illegale Waffen oder Drogen gefunden wurden, während nur einer von fünf Schwarzen verbotene Gegenstände bei sich hatte.

Wenn der Auftrag der Polizei lautet, den Frieden zu wahren und die Bürger_innen zu schützen, sie stattdessen aber für eine regelrechte »Epidemie« gewaltsamer Todesfälle verantwortlich ist, spricht viel dafür, die Polizei komplett aus Schwarzen und Braunen Wohngebieten abzuziehen. Polizist_innen sind für den Kampf ausgebildet. Deshalb sind die Tötungen »unschuldiger« Schwarzer Männer in dunklen Treppenhäusern, Schwarzer Frauen mit Küchenmessern oder kleiner Jungen, die mit Spielzeugpistolen herumwedeln, keine Unfälle. Die Polizei patrouilliert in diesen Gegenden mit der Hand an der Waffe; hinter jedem Schatten lauern Verdächtige. Im Krieg heißt es töten oder getötet werden.

Angesichts der Weigerung des Bundesstaates Missouri, Darren Wilson für die Ermordung von Mike Brown anzuklagen, ist die Forderung nach einem - auch nur vorübergehenden - Rückzug der Polizei eine absolut vernünftige Forderung, vor allem, wenn sie von Menschen kommt, die von staatlicher Gewalt terrorisiert werden und deren Sicherheitsgefühl massiv verletzt ist. Die unterlassene Anklage entlastet die Polizei. So kann sie auf den legitimen Ausdruck der Wut und der Enttäuschung über das Versagen der Regierung dabei, Schwarzes Leben zu schützen und Gerechtigkeit herzustellen, mit gesteigerter Gewalt und Repression reagieren.

Den jungen Aktivist_innen in Ferguson von Hands Up United, Lost Voices, Millennial Acivists United, von der Organization for Black Struggle, der Don't Shoot Coalition und vielen anderen ist klar, dass sie sich im Krieg befinden. Tef Poe, Tory Russell, Montague Simmons, Cheyenne Green, Ashley Yates und andere Schwarze Aktivist_innen in St. Louis und Umgebung haben nicht gewartet, dass es zu einer Anklage kommt. Sie haben sich organisiert. Genauso wie die Aktivist_innen aus Chicago, die Jugendlichen aus Los Angeles und die Hunderten Organisationen überall im Land, die gegen die tagtägliche Gewalt und Besatzung aufbegehren.

Sie erinnern uns nicht nur daran, dass Schwarze Leben einen Wert haben (»Black lives matter«) - das sollte selbstverständlich sein sondern dass Widerstand wertvoll ist. Widerstand ist wertvoll und notwendig, weil wir immer noch mit den Folgen von Siedlerkolonialismus, einem rassistisch organisierten Kapitalismus und dem Patriarchat zu kämpfen haben. Die jungen Menschen in Ferguson kämpfen weiter einen erbitterten Kampf. Sie kämpfen nicht nur um Gerechtigkeit für Mike Brown oder dafür, dem Amtsmissbrauch durch die Polizei ein Ende zu setzen. Sie kämpfen dafür, den Rassismus ein für allemal zu zerschlagen, das Imperium zu Fall zu bringen und den Krieg zu beenden.

Robin D. G. Kelly lehrt an der University of California in Los Angeles und ist Autor mehrerer Bücher.

Übersetzung: Philipp Dorestal und Jan Ole Arps. Der Artikel erschien am 25. November 2014 im US-Magazin CounterPunch (www.counterpunch. org).

Anmerkung:

1) Im englischen Original ist von »Schwarzen Menschen*, nicht von »schwarzen Menschen* die Rede. Die Großschreibung soll verdeutlichen, dass es nicht um eine Farbe geht, sondern um eine durch Rassismus geprägte soziale Kategorie: Schwarz im Unterschied zu weiß. Darüber hinaus schreibt der Autor auch von einer »Braunen « Arbeiterklasse. Diese Kategorisierung ist im Deutschen ungebräuchlich. Im US-Kontext bezeichnet sie je nach Definition Menschen indischer, pakistanischer, arabischer und südostasiatischer Abstammung. In manchen Texten umfasst die Kategorie auch die hispanische Bevölkerung in den USA in anderen ausdrücklich nicht. Trotz dieser Unklarheit (und anderer problematischer Implikationen) haben wir den Begriff in der Übersetzung beibehalten, weil er einen Unterschied zwischen den sozialen Realitäten der verschiedenen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen deutlich machen soll.

geklaut bei: analyse & kritik 600/2014

FERGUSON ZEIGT DAS ENDE DER POLITISCHEN VERTRETUNG

Auszüge aus einem Interview von Ende November 2014 mit Silvia Federici und George Caffentzis (New York) Veröffentlicht am 1.12.2014 auf info-aut.org

SF: Es ist ein Krieg gegen die schwarze Community im Gange, zumindest gegen die proletarische schwarze Community. Seit dem 9. August, dem Tag, an dem Michael Brown ermordet wurde, hat die Polizei weitere 14 vor allem afroamerikanische Menschen umgebracht. Der Urteilsspruch war absehbar, aber mit seiner Verkündung haben erneut Proteste begonnen, es gab Prügeleien mit der Polizei und große Demonstrationen wie in Oakland, New York und natürlich in Ferguson selbst. Diese Demonstrationen stellen eine wichtige politische Wende der Bewegungen in den USA dar. Sie hatten den Verkehr zum Ziel und in vielen Teilen des Landes die Straßen blockiert, die Autobahnen, Tunnel und Brücken.

Ich glaube, dass diese Woche sehr wichtig ist. Die Mobilisierung hat eine neue Fähigkeit gezeigt, sich zu verbünden, und vor allem den Willen, weiterzumachen und die Zustände, die Machtverhältnisse zu verändern. In ihrer Fähigkeit zu einer breiten Koordination auf nationaler Ebene stellt sie eine Wende

dar. Von der schwarzen Bevölkerung haben vor allem die Jungen demonstriert; die Mittelklasse und die Politiker waren abwesend. Es waren aber auch viele junge Weiße beteiligt, im Bewusstsein, dass die Polizeigewalt kein Zufall ist, sondern klar bestimmte Politik. Das ist neu, ich habe das noch nicht erlebt. Es gab viele Proteste gegen Polizeimorde oder Ähnliches, aber da waren ausschließlich Schwarze beteiligt. Wenn man diese Gerichtsverhandlungen, diese Ermordungen nur als eine Frage der Hautfarbe sieht (was natürlich sehr wichtig ist), versteht man ihre wirkliche Bedeutung nicht.

GC: Die weiße Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten zur Minderheit in diesem Land werden, das ist völlig klar. Dieser Ubergang stellt die derzeitige Machtordnung in Frage, er umreißt ein Kampfterrain und wird oft auch als Krise der Repräsentanz gefasst. Diese Krise drückte schon Occupy vor drei Jahren aus, als sie sagten, die Regierungen seien Ausdruck des reichen einen Prozents. Auch Ferguson zeigt, dass die politische Vertretung tot ist.

SF: Die Verbindung zwischen den Jungen auf der Straße und den alten Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegungen ist zerbrochen. Es gibt keine. Bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. wenn diese Politiker auf Versammlungen eine Rede hielten, um zur Ruhe aufzurufen, sagten die Jungen: »Nein danke, es reicht. Das hier ist unser Ding«.
Seit Mitte der 60er Jahre führt der amerikanische Staat Krieg gegen die jungen Schwarzen, gegen eine Bevölkerung, die als besonders kämpferisch, als gefährlich für den Status quo angesehen wird. Seit den 60er Jahren lässt man sie für das Verbrechen bezahlen, sich aufgelehnt zu haben. Das Verbrechen, dass die Black Panthers versucht haben, Strategien der Selbstverteidigung und Mobilisierung in den Vierteln umzusetzen. Seit damals versuchen sie vor allem, die junge schwarze Bevölkerung zu entwaffnen, zu domestizieren und zu unterjochen, insbesondere mit der Verschärfung der Drogengesetze. Im war on drugs wurde die Polizei vor allem in den schwarzen Vierteln selbst zur Armee. Und statt Geldstrafen wurden nun schwere Strafen von vier, fünf Jahren Knast verhängt, die zu einer enormen Zunahme der Knastbevölkerung geführt haben. Es gibt seit vielen Jahren einen Prozess der Massenkriminalisierung. Heute sind mehr als zwei Millionen Menschen im Knast, ein großer Teil davon ist schwarz. Viele sind seit Jahren in absoluter Isolationshaft; sehr viele von den Black Panthers und den politischen Gefangenen sind oder waren jahrelang, manche zehn oder fünfzehn Jahre, in Totalisolation. Diese Formen von Folter und Barbarei sind Zeichen für einen sehr starken Vernichtungswillen.
Mit der sogenannten Wirtschaftskrise und der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit der jungen Schwarzen, die in manchen Gegenden 50 Prozent erreicht, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit von Gegenwehr. Es gab also eine Eskalation. In vielen Vierteln, auch in Latinovierteln, ist die Polizei eine Besatzungsarmee, die dieselben Waffen benutzt wie im Irak und in Afghanistan. Mit dem war on terror wurde die Polizei seit 2001 immer stärker militarisiert. Sie wird seit vielen Jahren von der Armee ausgebildet und ist mit denselben Waffen ausgerüstet, deshalb herrscht in vielen Vierteln praktisch dasselbe Level an Polizeibrutalität wie vielleicht in den Vierteln von Kabul oder im Irak.
Die USA sind um den Krieg herum organisiert. Krieg im Irak, in Afghanistan, Militärbasen in der ganzen Welt, und dann der Jemen und indirekt Syrien usw. ... All dies wirkt sich auf das Verhalten der Polizei aus. Wenn du Immigrant bist oder in einem armen Viertel lebst, können sie dir Sonntag morgens die Wohnungstür aufbrechen und mit gezogener Waffe reinkommen unter dem Vorwand, nach Waffen oder Drogen zu suchen. Die Polizei behandelt die jungen Schwarzen wie feindliche Kämpfer: shootfirst and ask later [erst schießen, dann fragen], genau so, wie sie es in den Vierteln im Irak lernen. Und sie genießen dabei dieselbe Straflosigkeit, sie können hier wie dort tun, was sie wollen. Die Linie zwischen Polizei und Armee verschwimmt immer mehr: dieselben Taktiken, dieselbe Ausbildung, dieselbe Bewaffnung.

GC: Heute braucht es nicht so sehr eine Bürgerrechtsbewegung wie in der Vergangenheit, sondern die Fähigkeit, den Praktiken von Polizei und Armee entgegenzutreten. Deshalb zeigen die jüngsten Mobilisierungen, so problematisch das auch sein mag, dass eine neue Figur die Bühne betreten hat, die andere Vorstellungen hat als die offiziellen Lehren.

SF: Und natürlich sind auch die Migranten im Fadenkreuz. Tausende befinden sich in Abschiebehaft. Obama hat jüngst eine Kampagne zur Deportation von Kindern initiiert, die sich alleine an der Grenze zu Mexiko aufhalten und aus wahnsinnigen Zuständen geflüchtet sind, die großteils von den USA und den verschiedenen von ihnen direkt oder indirekt geführten oder finanzierten Kriegen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras usw. geschaffen wurden. Dies ist wichtig, um zu verstehen, warum sich jetzt auch weiße Jugendliche an den Mobilisierungen beteiligen. Diese Mobilisierung ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern weil seit Jahren ein Prozess in Gange ist, der viele Formen annimmt, viele Gruppen und Organisationen. Zum Beispiel Leute, die dagegen kämpfen, dass die Richter für bestimmte Verbrechen eine bestimmte Anzahl von Jahren Knast verhängen müssen - ein Mittel, um die Zahl der Verurteilungen stark zu erhöhen. Oder gegen Isolationshaft, die Todesstrafe, das ganze Knastsystem. Organisationen wie »Innocence Project«, die sich Fälle von Leuten ansehen, die mit minimalen Beweisen allein aufgrund von Polizeiaussagen eingeknastet wurden. Es hat sich ein ganzes Netz von Organisationen gebildet...

GC:... viele Verbindungen sind in den letzten drei Jahren geschmiedet worden, aber mit dem Mord an Mike Brown hat eine neue Geschichte begonnen. Dies ist nicht die Zeit, in der die Historiker sprechen sollten, weil die Geschichte jetzt gemacht wird.

geklaut bei: wildcat 97/2014

„Das Klima in Dresden ist richtig vergiftet“

In Dresden rücken AfD und PEGIDA näher zusammen, während in den migrantischen Communities das Gefühl der Unsicherheit wächst

Seit dem 20. Oktober gehen in Dresden jeden Montag die Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) auf die Straßen. Zuletzt, am 12. Januar, waren es nach Polizeiangaben 25.000 Teilnehmer_innen. Danilo Starosta vom Kulturbüro Sachsen beobachtet die Demonstrationen in Dresden seit ihrem Beginn.

Seit Monaten veranstaltet PEGIDA in Dresden wöchentlich sogenannte Spaziergänge. Wer geht da auf die Straße?

Danilo Starosta: Nach wie dominieren vor allem die Kreise um die Privatinitiative von Lutz Bachmann. Das sind Organisationsstrukturen, mit sehr deutlichen Kontakten in die Türsteherund in die Hooliganszene, aber auch in die Rockerszene. Und wir haben die klassischen Schichten des Kleinbürgertums, die sich für diese völkischen oder rassistischen Aufladungen begeistern können. Das ist nach wie vor der Kitt, der alles zusammenhält. Außerdem sind politische Schichten dazugekommen, die eher aus dem rechtskonservativen oder aus dem konservativ-reaktionären Lager kommen und sich bisher wenig auf der Straße gezeigt haben. Da sind Unterstützer wie Johannes Lohmeyer, der langjährige Kreisvorsitzende der FDP und jetzige Chef des Tourismusverbands Dresden. Gerade solche Leute sorgen für ein Wohlfühlklima, nach dem Motto: Wenn die dahin gehen, dann gehe ich auch dahin. Außerdem gibt es inzwischen eine deutliche Entwicklung hin zu einem regionalen Phänomen. Das Umland aus der Sächsischen Schweiz, aus dem Erzgebirge, aus der Oberlausitz, aus dem Raum Meißen-Coswig-Riesa-Großenhain kommt in großer Anzahl. Es gab aber auch eine starke Delegation aus Berlin, es gab Delegationen aus Thüringen und aus Brandenburg. Es waren Leute aus Österreich da, Anfang Januar sogar mit einer eigenen Aktion im Foyer des Landtages als Identitäre Bewegung Österreich. Es hat sich also gezeigt: Der Erfolg macht erfolgreich.

Nun wird auf den PEGIDA-Transparenten sowohl das Hakenkreuz als auch eine PKK-Fahne mit Hammer und Sichel sowie das antifaschistische Aktionszeichen und die IS-Fahne in den Mülleimer geworfen. Wie passt das zusammen?

Das ist durchaus ein merkwürdiges Format: Man verwehrt sich gegen alles mögliche und transportiert gleichzeitig Inhalte einer bestimmten politischen Meinung. Man kann das vergleichen mit der Movimento dei Forconi in Italien von 2011 bis 2013, die mehrere Hunderttausend Menschen in Rom auf die Straße gebracht hat. Da wurde immer gesagt, man sei weder links noch rechts, weder oben noch unten, man sei etwas Neues. Das scheint mir auch die inhaltliche Absicht der Leute zu sein, die bei PEGIDA strategisch Inhalte bestimmen. Man will sich möglichst wenig in bekannte Raster einordnen lassen, um zu zeigen: Nein, wir sind was Neues, wir sind diejenigen, die eine neue außerparlamentarische oppositionelle Kraft sind, die in der Lage ist, Gesellschaft zu verändern. Diese Änderungsabsichten zielen dabei auf eine homogene Volksgemeinschaft, auf eine Leistungszuwanderung, auf einen temporären Aufenthalt in Deutschland außerhalb dessen, was man als Staatsbürgerschaft bestimmen will. PEGIDA ähnelt dem Rechtspopulismus in Ländern wie Österreich, Italien, Dänemark, Schweden oder Norwegen und hat sich letztendlich nur eine passende Verkleidung gesucht.

Als rassistische Bewegung ist PEGIDA für Neonazis ja eigentlich interessant Trotzdem spielen sie zumindest in Dresden kaum eine Rolle. Warum?
Das stimmt, sie bekommen keine Wirkung und keine strategische Macht in diesen Organisatorenkreisen. Aber sie sind Multiplikatoren, und sie bringen organisierte Gruppen zu den Kundgebungen. So ist der frühere NPDler Tony Gerber gemeinsam mit den Identitären Österreich in den Landtag gestürmt, er fungierte als Ortskundiger aus der rechten Szene. Es gibt Leute, die von Anfang an mit dabei sind und die eine Schnittmenge bedienen, also einerseits organisierte Neonazis sind und andererseits in der Fußballszene bekannt sind - Marco Eißler zum Beispiel, NPDler und Dynamo-Dresden-Fan, oder Alt-Hooligans wie Frank Kischuweit. Aber eine wirkliche Mitgestaltungskraft haben sie derzeit nicht. Nichts desto trotz haben zwei Legislaturperioden NPD das Feld bereitet für Themen wie Zuwanderung, Einwanderung, Migration, Rassismus. Parteipolitisch wurde ihnen hingegen von der Alternative für Deutschland das Wasser abgegraben. Frauke Petry von der AfD hat sich mit den PEGIDA-Organisatoren getroffen und ihnen das Angebot gemacht, sie als parteipolitischer Arm zu vertreten. Frau Petry hat betont, dass man sich inhaltlich sehr nahe gekommen sei. Und auch PEGIDA sieht wenige Differenzpunkte zur AfD. Dresden gestaltet sich für die AfD immer weiter als Machtzentrum. Hier haben sie nicht nur die Gelegenheitsstrukturen gefunden, sondern auch die geeignete Logistik und Programmatik.

Es gibt ja verschiedene Ableger in anderen Städten. Aber wieso funktioniert das in der Form nur in Dresden?
Weil es in Dresden begonnen hat und gleich Erfolg hatte. Außerdem ist Dresden als Metropole dieser Region attraktiv, man fährt in die Stadt, geht zur Demo und kann nebenbei auch noch andere Sachen machen. Und es gibt ähnlich wie in anderen ostdeutschen Städten wenig Migrantenselbstorganisation, die PEGIDA ihr Empowerment entgegensetzen könnten. Wenn ich nach Kassel, Frankfurt oder München gucke, gibt es dort ganz andere Erfahrungen und Verbindungen hin zu denen, gegen die PEGIDA demonstriert, es sind die eigenen Nachbarn oder Kollegen, möglicherweise ist man auch familiär verbunden. Das ist der Unterschied dieser sehr weißen homogenen Mehrheitsgesellschaft, die es in der Form nur noch in Ostdeutschland gibt.

Hat sich das Klima in der Stadt seit Beginn der PEGIDA-Kundgebungen verändert?
Ja, absolut. Das Klima in Dresden ist richtig vergiftet. Wenn man mit den Communities spricht, die hier diese Einwanderungs- oder post-migrantische Gesellschaft repräsentieren, dann gibt es tatsächlich Überlegungen, sich einen anderen Lebensmittelpunkt zu suchen, also nach Leipzig, Berlin, Frankfurt oder Köln zu gehen und zu sagen: Da muss ich keine Angst haben, wenn meine Kinder auf dem Schulweg sind, da können sie auch Einkaufen gehen und ihnen passiert nichts, da ist man Bestandteil in einem normalen Alltag. Das ist in Dresden inzwischen sehr in Frage gestellt. Kinder und Jugendliche dürfen nicht raus, sie dürfen zu bestimmten Zeiten keine öffentlichen Verkehrsmitteln benutzen, es gibt quasi No-go-Areas. Das ist ein krasser Gegensatz zu dem Bild vom friedlichen Rumdemonstrieren, das PEGIDA versucht zu transportieren. In den letzten Wochen haben wiederholt größere Gruppen Hooligans versucht, aus dem Demonstrationsgelände auszubrechen, um zu der Gegendemonstration zu gelangen. Vor allem bei den Rückreisen der PEGIDA-Teilnehmer aus anderen Orten kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Leute bedroht oder angegriffen werden. Das Klima ist also nicht nur in der Stadt selbst vergiftet, sondern auch in der Region. Diese Unsicherheitslage wird in den Communities der Einwanderungsgesellschaft sehr sensibel wahrgenommen, und viele fragen sich: Kann das hier noch mein Lebensmittelpunkt sein?

Hat das auch Auswirkungen jenseits der Montage?
Ja, denn solange nicht auf der Jacke steht „Ich bin nicht PEGIDA“, fragt man sich: Stehe ich jetzt einem der 15.000 Teilnehmern gegenüber? Wie denkt der über mich? Ist das im Kern jemand, der mein Feind ist? Kann ich mir sicher sein, wenn ich in diesen Bus einsteige? Oder sind da 50 Leute, die nur auf die Gelegenheit lauern, mir weh zu tun? Das schafft eine immense Unsicherheit.
Wie siehst du die Zukunft von PEGIDA?
Man wird sehen, ob PEGIDA als politische Vorfeldorganisation für die AfD taugt und ob es da weitere Institutionalisierungen gibt. Schon heute ist PEGIDA

zu einer Marke geworden. Wenn man sich ähnliche Veranstaltungen im europäischen Rahmen ansieht, kann man sich durchaus Weiterentwicklungen vorstellen: dass dort irgendwann eine Band spielt oder dass da noch mal attraktivere Redner sprechen. Die nächste Landtagswahl findet in Sachsen erst in fünf Jahren statt. Inwieweit sich PEGIDA auf das Wahlverhalten auswirkt, lässt sich daher schwer sagen. Einem möglichen Rechtsruck kommen die Regierungsparteien jetzt schon entgegen: Es gibt keinen Winterabschiebestopp, es gibt knallharte Abschiebungen zu den 18. Geburtstagen, das ist alles schon da.

Was müsste man denn tun, um diesem Phänomen PEGIDA etwas entgegen zu setzen?
Zunächst stellt sich die Frage, wie lange man Gegenproteste in dieser Form durchhalten kann, denn sie finden ja schon seit Oktober statt. Die wurden am Anfang von klassischen Antifagruppen organisiert. Mittlerweile gibt es immer mehr lose Zusammenhänge von Künstlern und auch von migrantischen Gruppen, die sagen: Wir müssen uns hier jetzt auch mal beteiligen, das geht so nicht. Da politisieren sich Leute, die das vorher nicht getan haben. Wenn man der Sache etwas Positives abgewinnen will, dann kann man also sagen: Die PEGIDA bringen den trägen Citoyen aus der Kaffeestube heraus. Das ist nicht zu verachten. Die Leute sind reflektiert und beschäftigen sich damit, was alles abseits der Montage passieren muss. Und es gibt ein Empowerment der Migrantenselbstorganisation. Daher denke ich, dass es weniger dieses Durchhalten braucht als vielmehr die Verschiebung des Schwerpunktes weg von den 15.000 PEGIDA-Anhängern, hin zu denen, die tatsächlich Tag für Tag das Zusammenleben organisieren. Da geht eine klare Forderung an die staatlichen Behörden, vor allem an die Strafverfolgungsbehörden: Von wem geht hier Gefahr aus, und zwar Gefahr für die Gesellschaft? Wenn sich zunehmend gewaltbereite Gruppen bei so einer Veranstaltung finden, dann braucht es auch einen entsprechenden Schutz des öffentlichen Raums. Und da muss man diese Abendspaziergänge vielleicht mit anderen polizeilichen Maßnahmen begleiten als bisher üblich.

Gibt es denn dahingehend schon eine Tendenz?
Nein, überhaupt nicht. Wir haben Posts im Internet gefunden, in denen Polizisten geschrieben haben: Also wenn das hier gegen das Volk geht, dann wissen wir, wo wir stehen, wir knüppeln bestimmt nicht die eigenen Leute. Wir haben auch ein AfD-Mitglied in der Polizeidirektion. Da sind die Politiker gefragt. Viel wichtiger ist aber, dass von den sich bisher unpolitisch gebenden Bürgerinnen und Bürger Ideen entwickelt werden. Dadurch können möglicherweise ganz andere Resonanzräume entstehen, und zwar solche, die von den Gegnern der Zuwanderungsgesellschaft bislang weit unterschätzt werden: Diese Resonanzräume kann man sich heute schon angucken, da brauchen wir bloß mal in eine andere Großstadt jenseits der Elbe zu fahren.

Danilo Starosta ist Berater beim Kulturbüro Sachsen eV. und arbeitet dort im Bereich der Jugendhilfe. Zusammen mit zehn Jugendlichen aus Dresdner Migrationsfamilien drehte er den Film „Wenn wir reden... Akzeptanz ist keine Pflicht sondern selbstverständlich!“ über deren Leben in der sächsischen Landeshauptstadt

Interview Maike Zimmermann
geklaut aus ak601

Raise Your Voice
Your Body, Your Choice!

All-Gender-Demo
mit
FLTI*- Block

Tag X
im März 2015
in Münster
Windthorststraße
(gegenüber vom HBF)
11 Uhr

Soli-Konzert zum Tag der politischen Gefangenen

mit: ewo 2 (Bernd Köhler & Jan Lindqvist):
SAG NEIN – Erinnern für eine Zukunft ohne Krieg

18. MÄRZ 2015 - PARADOX

Kommunikationszentrum **Paradox**, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen
(Straßenbahn Linie 2,3,10 Haltestelle Sielwall). Beginn: 19.00 Uhr

Veranstalter: Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Bremen - Eintritt: 5 Euro

März 2015

Mo.	2.3.	20:00	Veranstaltung: Unterschlupf Oldenburg – Zum Umgang mit NS-Tätern
Fr.	6.3.	22:00	Mash Up Di Place - Live Konzert
Sa.	7.3.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Mi.	11.3.	21:00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Fr.	13.3.	21:00	Punk-A-Platz Konzert
Fr.	20.3.	21:00	Unterste Schublade Konzert: Fluten
Sa.	21.3.	22:00	MÄNNERfabrik
Mo.	23.3.	20:00	Fat Hoshi Konzerts: Pol Pot
Fr.	27.3.	21:00	The Fat Hoschi Fleamarket
Sa.	28.3.	23:00	Rosa Disco

April 2015

Sa.	4.4.	22:00	Mash Up Di Place
Mi.	8.4.	21:00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Fr.	10.4.	22:00	Punk-A-Platz Party - Soli Bad Nenndorf - 90er-Musik
Fr.	17.4	20:00	Theaterstück: „Where are you going?“
Sa.	18.4.	21:00	Unterste Schublade Konzert
Sa.	25.4.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	Frauen.Lesben.Inter.Trans*-Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer_innenplenum

infoladen roter strumpf

Donnerstags 18-21 Uhr